

Patrick Major

Vor und nach dem 13. August 1961: Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf den Bau der Berliner Mauer¹

I. EINLEITUNG

Nur wenige historische Wendepunkte ereignen sich buchstäblich über Nacht. In den frühen Morgenstunden des 13. August 1961 begann jedoch eine der folgenschwersten Wandlungen des Kalten Krieges: Um Mitternacht erteilte der Erste Sekretär der SED, Walter Ulbricht, den Befehl zur völligen Abriegelung der Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und West-Berlin. Unter strengsten Sicherheitsvorkehrungen trafen sich drei Sicherungsstaffeln aus Grenztruppen, Volkspolizisten, Kampfgruppen und Volksarmisten an der innerstädtischen Sektorengrenze bzw. am sogenannten »Ring um Berlin«. Hinter ihnen gingen Einheiten der sowjetischen Streitkräfte in Stellung. Um sechs Uhr morgens hatten diese Gruppen den S-Bahnverkehr nach West-Berlin unterbrochen, sämtliche U-Bahnhöfe im Ostsektor und fast alle Ost-West-Grenzübergänge geschlossen. Straßen wurden aufgerissen und Stacheldraht und Maschenzaun entlang der Sektorengrenze gezogen. Wo Baumaterialien fehlten, behelfen sich die Pioniere mit Straßenlaternen und Brückengeländern.² Hinter Menschenketten der Sicherungskräfte, die die Bevölkerung fernhielten, wurden spanische Reiter und Erdwälle errichtet. In den folgenden Tagen ersetzten Betonblöcke und Panzergräben die provisorischen Hindernisse; allmählich entstand das berühmteste Bauwerk des Kalten Krieges, die Berliner Mauer.

Fotos und Fernsehbilder dieser historischen Ereignisse gingen um die ganze Welt; sie sind – ähnlich wie die Bilder des gewissermaßen »spiegelbildlichen« Ereignisses, des Falls der Mauer am 9. November 1989 – zum Bestandteil des allgemeinen historischen Gedächtnisses geworden. Kampfgruppenmitglieder aus den Ost-Berliner Betrieben standen mit vorgehaltener Maschinenpistole herausfordernd vor dem Brandenburger Tor, hinter ihnen Wasserwerfer und Panzerspähwagen der Volksarmee. Nur einige hundert Meter entfernt bauten britische Soldaten ihre Verteidigungsstellen auf. Später kam es am Checkpoint Charlie zu einer mehrstündigen Konfrontation zwischen amerikanischen und russischen Panzereinheiten, die die Weltöffentlichkeit in Atem hielt. Der Mauerbau faszinierte und entsetzte aber gerade auch wegen der vielen persönlichen Schicksale, die er besiegelte. In der Bernauer Straße warfen sich fliehende Ost-Berliner aus den Fenstern ihrer Wohnungen in die Sprungtücher der West-Berliner Feuerwehr. Direkt vor den Kameras westlicher Fotojournalisten sprang ein desertierender Volkspolizist mit Gewehr und ausgestrecktem Arm über den Stacheldraht. In den Nachbarstraßen winkten Handtücher als stilles Zeichen der zerrissenen Familienbande über die wachsende Mauer hinweg. Bald darauf fielen die ersten Schüsse; der »Todesstreifen« forderte seine ersten Opfer.

1 An erster Stelle möchte ich mich bei der Nuffield Foundation und der University of Warwick für ihre großzügige finanzielle Unterstützung bedanken, ohne die dieses Projekt nie zustande gekommen wäre. Für seine sprachlichen Verbesserungen bin ich Christoph Vietzke sehr dankbar.

2 Bezirkseinsatzleitung (BEL) Berlin an Ulbricht, 13. 8. 1961 (7 Uhr), Landesarchiv Berlin (LAB), Rep. 303/26.1/Nr. 227, Bl. 4–7.

Der historische Rang dieser Ereignisse wurde in Ost wie in West gleichermaßen sofort hoch angesiedelt. In der DDR-Öffentlichkeit wurde die Mauer rasch zum »Antifaschistischen Schutzwall« stilisiert. Nach den offiziellen Stellungnahmen hatte die Grenzschießung einen angeblich drohenden Präventivkrieg der Westmächte und der »Revanchisten« in Bonn vereitelt und damit den Weltfrieden gerettet. Das SED-Zentralorgan »Neues Deutschland« strich die Schutzfunktion der Mauer am 14. August 1961 groß heraus: »Geschützt werden die Kinder vor den Kindesräubern; geschützt werden die Familien vor den erpresserischen Spitzeln der Menschenhandelszentralen; geschützt werden die Betriebe vor den Kopffägern. Geschützt sind die Menschen vor den Unmenschen, die Ordnung vor den Ordnungsbrechern, die Arbeitssamen vor den Arbeitsscheuen und Spekulanten, Ruhe und Sicherheit unserer Bürger vor den kalten Kriegern.« Zugleich freute sich das Blatt, daß die Maßnahmen »dank dem Verständnis und der Zustimmung des größten Teiles der Berliner Bevölkerung« so reibungslos vor sich gegangen seien.³ Karl-Eduard von Schnitzler, Stimme und Gesicht der Funk- und Fernsehpropaganda der DDR, spielte den 13. August hingegen als »unsensationell« herunter, räumte aber gewisse »Unbequemlichkeiten« für die Bevölkerung ein.⁴

In einer Fernsehansprache wenige Tage später rechtfertigte sich Ulbricht vor der DDR-Bevölkerung. Seine Worte waren beschwichtigend: »Hier und da gingen die Wogen etwas hoch. Sie glätten sich allmählich.« Er blieb aber fest bei der offiziellen Version, die Bundesrepublik habe die DDR durch einen Bürgerkrieg sturmreif machen wollen. Ähnlich wie Hitler 1938/39 sei Adenauer bestrebt gewesen, die Flüchtlingsfrage in einen »casus belli« auszuweiten. Die DDR-Führung aber habe den Frieden gerettet und so verhindert, daß Berlin zu einem »zweiten Sarajevo« hätte werden können. Die »pädagogische Lektion« des 13. August werde zudem den vom West-Berliner »Sumpf« angesteckten »Schmarotzern« im Lande den Wert fleißiger Arbeit wieder beibringen. »Niemand kann uns nachsagen,« so Ulbricht, »daß wir Stacheldraht besonders gern hätten. Aber Stacheldraht ist zweifellos gut und nötig als Schutz gegen diejenigen, die die Deutsche Demokratische Republik überfallen wollen.«⁵ Später im Jahr trat die SED dann schon deutlich triumphaler auf: »Schließlich ist die Illusion geplatzt, die Deutsche Demokratische Republik »kassieren« zu können. Kassiert wird statt dessen die Hallstein-Doktrin. Die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik steht auf der Tagesordnung.«⁶ Auch die Medien wurden eingesetzt, um den Mauerbau zu feiern. Der staatliche Rundfunk sendete Unterhaltungslieder wie »Unser schönes Berlin wird sauber sein«; Briefmarken mit heroischen Darstellungen der Sicherungskräfte vor dem Brandenburger Tor wurden herausgegeben. In die Annalen des »Arbeiter-und-Bauern-Staates« gingen vor allem die gefallenen Grenzsoldaten wie Peter Göring und Reinhold Huhn ein, die bei Feuergefechten mit der West-Berliner Polizei oder Fluchthelfern umkamen. Junge Pioniere pflegten ihre Gräber, und Straßen wurden nach ihnen benannt. Dieser Totenkult sollte helfen, weitere Generationen von Grenzern zur permanenten Wachsamkeit gegenüber dem »konterrevolutionären Klassengegner« zu erziehen.⁷

3 Neues Deutschland, Ausgabe v. 14. 8. 1961, S. 1–2.

4 Deutschland Radio Berlin, Dokumentation und Archive (DRAB/HA), RIAS-Bestand, Das Berlin-Problem, Bd. IV: Der 13. August, Ost-Rundfunk, 13.8.1961.

5 Fernsehansprache vom 18. 8. 1961. Der Text ist abgedr. in: *Deutsches Institut für Zeitgeschichte* (Hrsg.), *Dokumente zur Außenpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik*, Bd. IX, Ost-Berlin 1962, S. 156–182.

6 SED-ZK, 4.10.1961, in: *Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* (Hrsg.), *Dokumente der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands*, Bd. VIII, Ost-Berlin 1962, S. 457.

7 Dirk-Arne Walckhoff, *Der 13. August 1961 in der Traditionsarbeit der Grenztruppen der DDR*, Hamburg 1996.

Wie kaum anders zu erwarten, blieb auch in der DDR-offiziellen Geschichtsschreibung kaum Platz für eine differenziertere Darstellung. In der 1966 veröffentlichten »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« war zu lesen: »Mit einem Schlag wurden am 13. August 1961 die historischen Veränderungen, die in der Welt und auch in Deutschland vor sich gegangen waren, sichtbar.«⁸ Die Mauer habe zudem die sozialistische Volkswirtschaft von Störungen des westlichen Kapitalismus befreit. Nach einer Aufzählung der durch die Grenzabspernung möglich gewordenen außenpolitischen Erfolge der DDR behauptete die 1978 erschienene »Geschichte der SED«, der 13. August habe auch »die politische Bewußtseinsbildung in allen Klassen und Schichten der Bevölkerung« gefördert.⁹ Nach einer ein Jahr später herausgebrachten, etwas populärer angelegten Veröffentlichung gehörte der Mauerbau »zu den herausragenden Daten der neueren Geschichte. [...] Die Ereignisse dieses Tages machten den Weg für die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten frei, den Sozialismus weiterzuentwickeln.«¹⁰ Erst wesentlich später, am Vorabend des Endes der DDR, wurde das einheitliche Bild brüchig, als Siegfried Prokop, einer der prominentesten damaligen SED-Historiker, einräumte, 1961 sei die Zahl der Bürger »nicht klein« gewesen, die damals »zunächst die politischen Zusammenhänge nicht zu begreifen« vermochten. Solche Zweifler seien aber – so die didaktisch-affirmative Wendung – »in geduldigen Gesprächen« überzeugt worden.¹¹

In der Sicht westlicher Politiker hatte die Mauer nur eine Funktion: Die Ostdeutschen sollten eingemauert werden. Der damalige Regierende Bürgermeister von West-Berlin, Willy Brandt, bezeichnete die Grenzsperrung als »Bankrotterklärung« der SED: Die Mauer gleiche der »Sperrwand eines Konzentrationslagers«.¹² Auch Bundeskanzler Konrad Adenauer wertete die Grenzschießung als »Bankrotterklärung einer 16jährigen Gewaltherrschaft«.¹³ In seiner berühmten Berlin-Rede vor dem Schöneberger Rathaus erklärte US-Präsident John F. Kennedy im Juni 1963, in ganz ähnlichen Formulierungen, die Mauer sei »the most obvious and vivid demonstration of the failures of the Communist system, [...] an offense not only against history, but an offense against humanity, separating families, dividing husbands and wives and brothers and sisters and dividing a people who wish to be joined together«.¹⁴ Selbst linksstehende westdeutsche Intellektuelle stimmten in die Kritik ein. In den ersten Tagen der Krise formulierten die Schriftsteller Günter Grass und Wolf Dietrich Schnurre einen an den ostdeutschen Schriftstellerverband gerichteten »offenen Brief«, der die Sätze enthielt: »Stacheldraht, Maschinenpistole und Panzer sind nicht die Mittel, den Bürgern Ihres Staates die Zustände in der DDR erträglich zu machen. Nur ein Staat, der der Zustimmung seiner Bürger nicht mehr sicher ist, versucht sich auf diese Weise zu retten.«¹⁵

8 Institut für Marxismus beim ZK der SED (Hrsg.), Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Bd. VIII, Ost-Berlin 1966, S. 289.

9 Institut für Marxismus beim ZK der SED (Hrsg.), Geschichte der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Abriß, Ost-Berlin 1978, S. 422.

10 Hartmut Mehls/Ellen Mehls, 13. August, o.O. o.J (= illustrierte historische hefte 17, 1979), S. 43.

11 Siegfried Prokop, Übergang zum Sozialismus in der DDR, Ost-Berlin 1986, S. 83. Prokop hat seine Ansichten kurz nach dem Mauerfall revidiert: vgl. ders., Unternehmen »Chinese Wall«. Die DDR im Zwielficht der Mauer, Frankfurt/Main 1992.

12 RIAS, 13. 8. 1961, DRAB/HA, RIAS-Bestand, Das Berlin-Problem, Bd. IV: Der 13. August 1961.

13 167. Sitzung des Bundestags, 18.8.1961, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 3. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 49, Bonn 1961, S. 9769 f.

14 Rede vor dem Schöneberger Rathaus, 26. 6. 1963. Der Text ist abgedr. in: Wolfgang Heide-meyer/Günter Hindrichs (Hrsg.), Documents on Berlin, 1943–1963, München 1963, S. 358 f.

15 Brief vom 16.8.1961 in: Hans Werner Richter (Hrsg.), Die Mauer oder Der 13. August, Reinbek bei Hamburg 1961, S. 65 f.

Auch die westlichen Historiker hatten bis 1989 einen gewissen Konsens über die Bedeutung des Mauerbaus als Wendepunkt in der inneren und äußeren Entwicklung der DDR erreicht. In der Sicht der Politik- und Diplomatiegeschichte verdeutlichte der Mauerbau Brandt und den Westmächten – wenn auch nicht unbedingt Adenauer – das Scheitern der Konfrontationspolitik des Kalten Krieges. So bahnte der 13. August mittelfristig die Entspannungspolitik der späten 1960er und der 1970er Jahre an.¹⁶ Brandt selbst schrieb denn auch in seinen Memoiren, die Ereignisse vom August 1961 und dabei vor allem das Ausbleiben von alliierten Gegenmaßnahmen als Reaktion auf die Provokation des Ostens hätten eine »leere Bühne« in der Deutschlandpolitik des Westens enthüllt, die ihn selber von der Notwendigkeit einer neuen Ostpolitik überzeugte. In seiner Bedeutung für die Situation der DDR ist der Mauerbau von den Historikern weitgehend übereinstimmend beurteilt worden: als »watershed« (McCauley)¹⁷, als »tiefe Zäsur« (Kleßmann), die »neue Voraussetzungen für die Stabilisierung des Herrschaftssystems und die Modernisierung sozialer Strukturen« in der DDR schuf¹⁸, und als die »einschneidende Zäsur der DDR-Entwicklung«, die eine Wende vom stalinistischen Terror zur »Neutralisierung und Manipulierung der Massen« einleitete (Weber).¹⁹ Staritz ist sogar soweit gegangen, den 13. August als den »heimlichen Gründungstag der DDR« zu bezeichnen.²⁰ Als neueste Vertreterin der Zäsur-Theorie kann die ehemalige DDR-Historikerin Wilfriede Otto gelten, nach deren Ansicht der Mauerbau eine »gewisse innere ökonomische Stabilität, soziale und kulturelle Fortschritte sowie eine weltweite Anerkennung der DDR« mit sich brachte.²¹

Viele der bislang vorliegenden geschichtswissenschaftlichen Untersuchungen zur zweiten Berlin-Krise, die mit dem Mauerbau ihren Höhepunkt und Abschluß fand, verfolgen ein primär politik- oder diplomatiehistorisches Interesse. Aus dem mittlerweile zugänglichen diplomatischen Schriftverkehr wissen wir jetzt bedeutend mehr über das Krisenmanagement hinter verschlossenen Türen in Washington und im Kreml und auch über die Handlungen Brandts als die Zeitgenossen der 1960er Jahre²²; neuerlich, seit der Öffnung der Archive in der ehemaligen DDR und Sowjetunion, sind wir auch über das Denken Chruschtschows und Ulbrichts genauer informiert.²³ Doch wie steht es mit der

16 Timothy Garton Ash, *In Europe's Name. Germany and the Divided Continent*, London 1993, S. 60; A. James McAdams, *Germany Divided. From the Wall to Reunification*, Princeton 1993, S. 52–79.

17 Martin McCauley, *The German Democratic Republic since 1945*, Houndmills 1983, S. 103.

18 Christoph Kleßmann, *Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988, S. 330.

19 Hermann Weber, *Geschichte der DDR*, München 1985, S. 327.

20 Dietrich Staritz, *Geschichte der DDR*, erw. Neuausgabe, Frankfurt/Main 1996, S. 196.

21 Wilfriede Otto, 13. August 1961. Eine Zäsur in der europäischen Nachkriegsgeschichte, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 39, 1997, S. 40–74.

22 Honoré M. Catudal, *Kennedy and the Berlin Wall Crisis. A Case Study in US Decision Making*, Berlin 1980; Michael Beschloss, *Kennedy versus Khrushchev. The Crisis Years 1960–63*, London 1991; Joachim Arendt, *Der Westen tut nichts! Transatlantische Kooperation während der zweiten Berlin-Krise (1958–1962) im Spiegel neuer amerikanischer Quellen*, Frankfurt/Main 1993; John P. S. Gearson, *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis, 1958–62. The Limits of Interest and Force*, Basingstoke 1998.

23 Hope M. Harrison, *Ulbricht and the Concrete ›Rose‹: New Archival Evidence on the Dynamics of Soviet-East German Relations and the Berlin Crisis, 1958–1961*, Working Paper No. 5 of the Woodrow Wilson Cold War International History Project, o.O. 1993; Julij A. Kwizinskij, *Vor dem Sturm. Erinnerungen eines Diplomaten*, Berlin 1993; Michael Lemke, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995; Vladislav M. Zubok, *Khrushchev and the Berlin Crisis (1958–1962)*, Working Paper No. 6 of the Woodrow Wilson Cold War International History Project, o.O. 1993.

Haltung der vom Mauerbau in erster Linie Betroffenen, den Einwohnern der DDR? Ihre Sicht der Ereignisse im August 1961, ihre Ängste und Hoffnungen in der damaligen Krise, sind bislang nur unzureichend beschrieben worden. Die Rekonstruktion der »popular opinion« in einer Diktatur ist natürlich nicht unproblematisch – dies hat Ian Kershaw für das »Dritte Reich« ja bereits demonstriert.²⁴ Schon der britische Botschafter in der BRD zur Zeit des Mauerbaus klagte, nachdem er aus dem Ostsektor gerade zurückgekehrt war: »It seemed much as six weeks before to me, apart from activity on the wall, but you cannot form valid opinions on the basis of German pedestrians' expressions.«²⁵

Seit dem Zusammenbruch der DDR ist es jedoch möglich geworden, die damaligen internen Analysen der SED-Machthaber einzusehen und auszuwerten. Anhand der Stimmungsberichte der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) möchte ich in diesem Beitrag die »popular opinion« der DDR-Bevölkerung in der Zeit des Mauerbaus genauer darstellen. Dabei geht es mir zentral darum, den Anteil der »Volksstimmung« an der Entstehung und der Entwicklung der zweiten Berlin-Krise zu ermitteln sowie deren Veränderung im Laufe der Ereignisse zu ergründen.²⁶ Ich bin natürlich nicht der erste, der die genannten Quellen benutzt hat. Armin Mitter und Stefan Wolle gehören mit ihrem Buch »Untergang auf Raten« zu den ersten Sozialhistorikern, die den Mauerbau unter die Lupe genommen haben. Nach Sichtung einer Vielzahl von Berichten der Abteilung Parteiorgane des Zentralkomitees (ZK) der SED und von Analysen der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) der Staatssicherheit, haben sie die These von einem sich stufenweise entwickelnden Bürgerkrieg zwischen Partei und Volk aufgestellt, der 1989 zugunsten des letzteren entschieden wurde.²⁷ Wenn ich auch nicht alle Schlußfolgerungen von Mitter und Wolle teile, halte ich ihren Ansatz, »von unten« auf die zentralen Ereignisse der DDR-Geschichte zu schauen, doch für eine wichtige Ergänzung der auf die Institutionen des untergegangenen Staates fixierten Studien, die seit 1989 geradezu in Überfülle erschienen sind. Neuerlich hat auch die englische Sozialhistorikerin Mary Fulbrook noch einmal auf den Mangel an sozialgeschichtlich orientierten Analysen der Reaktionen auf die SED-Politik hingewiesen.²⁸

Die Stimmungsberichte des DDR-Herrschaftsapparates sind selbstverständlich keine wertneutrale Quelle, obwohl die SED-Führung – wie sich aus folgender Ermahnung der Abteilung Parteiorgane, die für den innerparteilichen Nachrichtendienst zuständig war, ersehen läßt – durchaus an ungeschminkten Darstellungen interessiert war: »Die Parteiinformation muß wahrheitsgetreu sein und darf die wirkliche Lage weder beschönigen noch im Sinne einer Schwarzmalerei verzerren. Sie muß sich auf typische Tatsachen stützen, aber auch positive und negative extreme Äußerungen signalisieren.«²⁹ Mein Eindruck ist jedoch, daß die Berichterstattung trotz solcher Richtlinien als verzerrt gelten muß: Regimebefürworter tauchen in den Berichten zum 13. August bis zum Überdruß auf; Regimegegner aber deutlich seltener. Zudem bleibt es eine offene Frage, wie groß die Menge derjenigen war, die keine Meinung zu äußern wagten und in der Öffentlich-

24 Ian Kershaw, *Popular Opinion und Political Dissent in the Third Reich. Bavaria, 1933–1945*, Oxford 1983.

25 Steel to Foreign Office, 13.10.1961, Public Record Office, FO 371/160508/CG10112/32.

26 Dieser Begriff wird der Arbeit Ian Kershaws entnommen – vgl. Kershaw. Natürlich hat es in der DDR keine »Öffentlichkeit« im Sinne von Habermas gegeben.

27 Armin Mitter/Stefan Wolle, *Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte*, München 1993.

28 Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR, 1949–1989*, Oxford 1995.

29 SED-ZK, Richtlinien für die Aufgaben und Arbeitsweise der Parteiinformation (Beschuß des Sekretariats des ZK vom 29. 8. 1960), Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv (SAPMO-BArch), DY 30/J IV 2/3/699, Bl. 13–22.

keit einfach »den Mund gehalten« haben. Selbst die SED-Berichterstatter trauten sich nicht, die verschiedenen, von ihnen registrierten Einstellungen zu quantifizieren; allenfalls taten sie dies indirekt, über zitierte Aussagen Dritter. So fanden auch die folgenden aufgebrachten Worte eines Ost-Berliner Ingenieurs Eingang in die internen Stimmungsberichte: »Wir sollten nicht so viel sprechen von der Front zwischen der DDR und Westdeutschland, denn diese Front verläuft mitten durch die DDR. Sie besteht zwischen der Regierung und der Bevölkerung und 95 Prozent sind gegen die Regierung.«³⁰ Einzelstimmen wie diese können selbstverständlich nicht als Ersatz für die fehlenden Erhebungen zu den politischen Einstellungen der DDR-»Bürgerinnen und Bürger« gelten. Trotz dieses nicht zu beseitigenden Mankos enthalten die Akten doch eine Vielzahl von Einsichten in zeitgenössische Denk- und Argumentationsweisen, so daß dank der Fülle der Berichte durchaus eine Annäherung an ein »typisches« Bild möglich ist. Im folgenden möchte ich deshalb eine Montage aus einzelnen Mosaiksteinchen mitgehörter und aufgezeichneter Gespräche von DDR-Einwohnern der Zeit um 1961 zusammenstellen, die unsere Kenntnisse über die frühe DDR-Gesellschaft bereichern und erweitern kann. Mit Blick auf die in diesem Jahr zu begehende Zehn-Jahresfeier des Mauerfalls erscheint mir diese an den Einstellungen und Gedanken der »einfachen« Bevölkerung interessierte Darstellung des Mauerbaus besonders wünschenswert zu sein, gilt es doch daran zu erinnern, daß die Mauer weit mehr war als das weltweit gegenwärtige Symbol des Kalten Krieges. Vielmehr blieb die Grenzabspernung für die ostdeutsche Bevölkerung stets eine bedrückende und ihren Alltag und ihr Leben entscheidend prägende Realität.

II. DIE MOTIVE FÜR DEN BAU DER MAUER

Die außenpolitischen Hintergründe der im Zentrum des Kalten Krieges stehenden Dauerkrise um Berlin in den 1950er und frühen 1960er Jahren sind oft geschildert worden und müssen deshalb hier nicht erneut skizziert werden.³¹ Das politische und militärische Patt, das sich nach dem Scheitern des Chruschtschow-Ultimeatums 1958 ergeben hatte, wurde – wie Hope Harrison kürzlich nachgewiesen hat – vor allem durch Aktionen der SED-Führung aufgebrochen, die 1960/61 aus innenpolitischen Gründen versuchte, eine Lösung der Berlin-Frage gewissermaßen »von unten« her zu forcieren und dabei zunehmend autonom agierte.³² Im September 1960 etwa sperrte der Ost-Berliner Magistrat ohne Einwilligung Moskaus zeitweilig die Sektorengrenze zu West-Berlin ab – angeblich um gegen ein sogenanntes »Revanchistentreffen« von Heimatvertriebenen in der West-Berliner Waldbühne zu protestieren. Dies veranlaßte die Bonner Regierung zur Kündigung des innerdeutschen Handelsabkommens, was bei strikter Einhaltung und bei gleichzeitiger Fortdauer der »Republikflucht«, durch die der »Arbeiter- und Bauernstaat« einen mit enormen volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgekosten verbundenen Aderlaß erlitt, rasch den wirtschaftlichen Untergang der DDR bedeutet hätte. Diese düstere Prognose hat Walter Ulbricht zumindest Chruschtschow übermitteln lassen (das für die DDR-Ökonomie entscheidend wichtige Handelsabkommen wurde dann allerdings schon Anfang 1961 wieder in Kraft gesetzt). Mit dem Mauerbau fast ein Jahr später konnte Ulbricht dann zwar die Frage der offenen Grenze in seinem Sinne lösen, obwohl er seine Enttäuschung über den damit unweigerlich verbundenen Verzicht auf

30 SED-ZK (Abt. PO), Kurzinformation über Feindarbeit und besondere Vorkommnisse, 27. 7. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/13, Bl. 183–187.

31 Für eine Zusammenfassung der neusten Forschung vgl. *John Lewis Gaddis, We Now Know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997.

32 *Harrison*.

West-Berlin und auf den von Chruschtschow immer wieder in die internationale Debatte gebrachten Friedensvertrag nicht verbergen konnte.³³ Eine innenpolitische Analyse, die beim SED-Politbüro endet, würde aber zu kurz greifen. Wie verhielt sich die Masse der Bevölkerung der DDR in der lange schwelenden und 1960/61 dann dramatisch zuge-spitzen Berlin-Krise? Sie war es schließlich, die die SED-Führung durch die ungebrem-ste Neigung zur Abwanderung in den Westen in eine so schwierige Lage brachte und trotz der enormen außenpolitischen Risiken zum Handeln zwang.

Aus den Stimmungsberichten der SED wird eindringlich klar, wie unsicher die Situa-tion des »ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates« in der Sicht seiner Bevölkerung war. Bei jedem Gipfeltreffen von Politikern der UdSSR und USA kursierten im Land allerlei Gerüchte, beispielsweise über einen möglichen Austausch von Territorien. Im-mer wieder zu finden ist etwa die Erwartung, Thüringen werde – in Revision der Ereig-nisse im Juli 1945 – von der Sowjetunion gegen West-Berlin eingetauscht werden. Über 20 Prozent der DDR-Bevölkerung bestand aus Flüchtlingen und Vertriebenen, die im-mer noch auf eine Revision der Ostgrenzen hofften. Nicht wenige Bürger befürworteten einen »dritten Weg« Deutschlands zwischen den Supermächten. Zu dieser weitverbrei-teten Unsicherheit kam eine wachsende Kriegsangst hinzu. Viele DDR-Einwohner fürchteten Ende der 1950er Jahre die Möglichkeit eines Dritten Weltkriegs. In Cottbus z.B. war die Ansicht »verhältnismäßig weit verbreitet [...], daß der Abschluß eines Frie-densvertrages [der UdSSR – P.M.] nur mit der DDR und in diesem Zusammenhang die Lösung des West-Berlinproblems die Gefahr kriegesischer Auseinandersetzungen be-deutet. Dabei wird oft nicht die gefährliche Rolle West-Berlins als Provokationsherd er-kannt und auch die Gefährlichkeit des westdeutschen Militarismus unterschätzt.«³⁴ Zur Enttäuschung der SED-Führung wurde die Schuld für die Verschärfung der politischen Lage offenbar eher im Osten als im Westen gesucht. Die Berichte zeigen auch, welche Schwierigkeiten die SED hatte, ihre Deutschlandpolitik glaubhaft zu machen. So hieß es 1958 zu den Reaktionen auf das Chruschtschow-Ultimatum: »Eine Vielzahl von Un-klarheiten und negativen Argumenten lassen darauf schließen, daß die Fragen der Sou-veränität nicht klar sind und viele Zweifel münden in die Frage »was machen wir, wenn die Westmächte nicht mitmachen.«³⁵

Allerdings zeigen die Stimmungsberichte auch, daß die Außenpolitik in der Wahr-nehmung der Bevölkerung vielfach durch die wirtschaftlichen Probleme der DDR in den Hintergrund gedrängt wurde. Ein enttäuschter SED-Agitator in Suhl meldete auf dem Höhepunkt der Krise: »Über die politischen Ereignisse in Wien [das dortige Treffen zwi-schen Kennedy und Chruschtschow – P.M.] werden keine breiten Diskussionen geführt. Sie gehen durch die starken Diskussionen über Versorgungsfragen unter.«³⁶ Bürger wei-gerten sich, mit Agitatoren zu diskutieren, so lange es noch Käuferschlangen für Obst und Gemüse gab. Die von der DDR-Bevölkerung ohnehin mit großer Skepsis aufge-nommenen Versprechungen Ulbrichts, der 1958 angekündigt hatte, die DDR werde in wenigen Jahren die Bundesrepublik im Bereich der Konsumgüterproduktion überrun-det haben, wurde in der Realität von den immer drängenderen Engpässen bei der Ver-

33 Lemke, S. 173–227.

34 SED-Bezirksleitung (BL) Cottbus, 1. Sonderbericht, 31. 7. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/406, Bl. 158–165.

35 SED-ZK (Org-Abt.), 2. Bericht über die Stimmung zur Note der Sowjetunion an die Regierung der DDR zur Lösung der Berlin-Frage, 28. 11. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/288, Bl. 183–188.

36 SED-ZK (Abt. Parteiorgane), Schwerpunkte, die sich für die Bezirksleitung Suhl in der Führungs-tätigkeit ergeben, 13. 6. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.02/50, Bl. 3–7.

sorgung mit selbst den wichtigsten Lebensmitteln jeden Tag aufs neue ad absurdum geführt.³⁷

Die umfassende gesellschaftliche Krise der DDR in diesen Jahren, die so eindringlich mit den hochfahrenden Ankündigungen der SED kontrastierte, kann und soll hier nicht umfassend beschrieben und analysiert werden. Ihr wesentliches Kennzeichen ist die Aufkündigung der politischen Loyalität gegenüber dem neuen Staat und seiner »führenden« Partei in nahezu allen sozialen Schichten. In den von unrealistisch hoch angesetzten Planungsvorgaben und beständigen Interventionen der SED überstrapazierten Industriebetrieben regten sich Unwillen und Widerstand selbst bei Ingenieuren und Meistern, die SED-Mitglieder waren: »Ihr laßt uns nicht ingenieurmäßig arbeiten. Wir arbeiten an unseren Objekten, da leisten wir alles. Die Partei soll Parteiarbeit und die Gewerkschaft Gewerkschaftsarbeit machen.«³⁸

Auch in der Landwirtschaft, die nach dem Willen der Staats- und Parteiführung zunehmend kollektiviert wurde, sah sich die SED mit hartnäckigem Widerspruch konfrontiert. Bereits vor der Ankündigung der Vollkollektivierung im April 1960 notierten Berichterstatter etwa die folgenden Äußerungen von Bauern: »Wir wollen freie Bauern bleiben – Wir wollen unsere Selbständigkeit behalten – Wir wollen frei entscheiden, wenn wir in eine LPG eintreten – Wir wollen erst abwarten, was die Gipfelkonferenz bringt – Die Wirtschaft könnt ihr haben, mich aber nicht – Warum so plötzlich und mit Gewaltaktionen[?]«³⁹ Nach der endgültigen Klarstellung des zukünftigen Kurses in der Landwirtschaftspolitik verschärften sich die Probleme. Immer mehr Bauern wurden zu »Republikflüchtigen« – oder sie drohten doch zumindest mit der Abwanderung. In Stimmungsberichten finden sich Aussagen wie: »Laßt uns in Ruhe, wir wollen freie Bauern sein, sonst gehen wir nach dem Westen« oder die im Bezirk Dresden in der Öffentlichkeit zu hörende spöttische Parole: »Wir bilden eine LPG Typ IV, die Bauern drüben – der Boden hier«.⁴⁰

Die vermeintlich von der Zwangskollektivierung verursachte Versorgungskrise bei Lebensmitteln betraf und empörte zudem alle Bürgerinnen und Bürger des »Arbeiter- und Bauernstaates«. Wie bereits gesagt, beherrschte dieses Problem die Gedankenwelt der meisten DDR-Einwohner in den Jahren 1960/61. Vergleiche mit der Rüstungspolitik der Nazis (»Kanonen statt Butter«) waren zu hören. Eine andere Zielscheibe der Empörung war das Raumfahrtprogramm der Sowjetunion, wobei gefragt wurde, wieso im Sozialismus solche aufwendigen Investitionen möglich seien, wenn noch nicht einmal die Grundbedürfnisse der Bevölkerung befriedigt werden könnten. Vor allem aber wurde die Ursache für die Misere in der überschnellen Kollektivierung der Landwirtschaft gesucht und damit der SED angelastet. Dabei wurde provokativ gefragt, warum es im ebenfalls sozialistischen Nachbarstaat Polen keine Kolchosen gebe. Der übliche Maßstab zur Beurteilung der Lebenshaltung aber blieb der durch den Rundfunk auch im Alltag stets präsente »Westen«. Das Versprechen einer sozialistischen Konsumwelt nach kapitalistischem Vorbild drohte für die DDR-Führung zum Bumerang zu werden.⁴¹

37 Zur skeptischen Aufnahme dieser Ankündigung vgl. etwa: SED-ZK (Org-Abt.), Informationsbericht, 8. 8. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/288, Bl. 70–71; SED-ZK (Org-Abt.), Zu einigen Fragen der Arbeit der Partei und zur Lage im Bezirk Halle, 25. 8. 1958, ebd., Bl. 110.

38 SED-ZK (Abt. LPO), Informationsbericht über die Erfahrungen der Parteiorganisationen bei der Organisation des Wettbewerbes »Mehr Stahl für unsere Republik«, 15. 11. 1960, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/293, Bl. 391.

39 SED-ZK (Abt. LPO), Bericht über die politische Lage und die Stimmung der Bevölkerung zu den Fragen der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in den Bezirken Neubrandenburg, Magdeburg und Potsdam, 17. 3. 1960, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/292, Bl. 122–129.

40 Die Entwicklung der genossenschaftlichen Arbeit in der Landwirtschaft, o.D. [Juli 1961], SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/376, Bl. 152–161.

41 Zur Entwicklung der Versorgungslage und deren Auswirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung vgl. ausführlich den Beitrag von Patrice Poutrus im vorliegenden Band.

Es waren die unteren Funktionäre und die einfachen Parteimitglieder, die tagtäglich mit dieser immer offener formulierten Kritik fertig werden mußten. Manche wurden beobachtet, wie sie das ansonsten an der Kleidung getragene Parteiabzeichen im Betrieb oder auf der Straße entfernten. Die Potsdamer SED warnte Ende 1960: »Wir haben schon einige Male berichtet, dass es Kapitulationserscheinungen gibt auch bei Funktionären aus den landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften; [...] auch im Staatsapparat sind sie noch nicht überwunden.«⁴² In Ost-Berlin gab es ähnliche Resignationserscheinungen: »Ein nicht unerheblicher Teil der Mitglieder und Kandidaten weicht den Auseinandersetzungen, sowohl in den Mitgliederversammlungen als auch in der Öffentlichkeit, direkt aus, indem sie nicht diskutieren.«⁴³ Die SED-Kreisleitung in Oranienburg sah sich im Sommer 1961 einem Parteiverfahren ausgesetzt, weil sie einen zweiten »17. Juni« vorausgesagt hatte.⁴⁴ Hier zeigt sich das Grundproblem der »Stimmungsberichte« von Parteidienststellen: Je ungünstiger ein Report ausfiel, desto größer wurde die Wahrscheinlichkeit, daß die berichtende Instanz von den übergeordneten Institutionen der politischen Untätigkeit, des »Defätismus« oder des »Kapitulantentums« beschuldigt und damit für die beschriebene Situation mitverantwortlich gemacht wurde. Angesichts dieser Tatsache ist die Vielzahl der Berichte, die kritische Äußerungen der Bevölkerung wiedergeben, schon wieder erstaunlich. Man geht wohl nicht fehl, wenn man darin ein aussagekräftiges Indiz für den tiefgreifenden Charakter der politischen und gesellschaftlichen Krise in der DDR in den Jahren um 1960 sieht: Das Gewicht der auftretenden Probleme setzte die Mechanismen der Selbstzensur innerhalb der politischen Berichterstattung im SED-Staat zunehmend außer Kraft.

Die SED-Spitze wurde sich der Ernsthaftigkeit der Lage nur allmählich bewußt. Ende der 1950er Jahre zog man es vor, ökonomische Mängel auf administratives und organisatorisches Versagen untergeordneter Instanzen zurückzuführen. Erst sehr spät finden sich realistischere und selbstkritischere Einschätzungen in der Führungsmannschaft der Partei. Im Juni 1961 erklärte beispielsweise der Leiter der Staatlichen Plankommission, Erich Apel, vor der Wirtschaftskommission des ZK, nachdem er auf die sinkende wirtschaftliche Leistungskraft der DDR hingewiesen hatte: »Wenn man die Stimmung in der Bevölkerung und die Berichte, die wir aus verschiedenen Kreisen, Bezirken und Gemeinden haben, sondiert, dann klingt der Unglaube an die Richtigkeit unserer Politik, der Unglaube an die Überlegenheit der Planwirtschaft und der Unglaube an die Ziffern [...] durch. Wir haben beschlossen, daß die saldierten Ergebnisse [...] in der Zeitung nicht mehr veröffentlicht werden, weil das die ganze Lage nur noch verschärft.«⁴⁵

Diese umfassenden Zweifel an ihrer Politik mußte die SED umso mehr fürchten, als es ihr ja selbst in wirtschaftlich günstigeren Jahren nicht gelungen war, die »Abstimmung mit den Füßen«, d.h. die Abwanderung in die Bundesrepublik, zu stoppen. Zwischen 1949 und 1961 verließen etwa 2,7 Millionen Menschen die DDR. Die Gründe für diesen Massenexodus sind vielfältiger Art und an anderer Stelle von mir ausführlich erörtert worden.⁴⁶ Wahrscheinlich hat nur eine Minderheit das Land aus wirklich politischen Gründen verlassen. Sogar die westlichen Behörden schätzten den Anteil der poli-

42 SED-BL Potsdam (Abt. Org-Kader), Bericht über die politische Lage, 10. 11. 1960, Brandenburgisches Landeshauptarchiv (BLHA), Bez. Pdm. Rep. 530/1620.

43 SED-ZK (Abt. PO), Einige wichtige Probleme im Bezirk Berlin, 19. 7. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/13, Bl. 142–163.

44 SED-ZK (Abt. LPO), Informationsbericht, 2. 7. 1960, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/293, Bl. 14–31.

45 SED-PB (Wirtschaftskomm.), 16. 6. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.101/24.

46 Vgl. meinen demnächst erscheinenden Beitrag in: *Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger* (Hrsg.), *Berliner Krisen 1948–1958*, Berlin 1999 (im Druck).

tisch motivierten Flüchtlinge auf allenfalls 20 Prozent.⁴⁷ Wichtiger war der wirtschaftliche Sog des Westens, z.B. bei Arbeitern, die sich über den im DDR-Alltag immer wieder auftretenden, durch Materialengpässe verursachten diskontinuierlichen Arbeitsablauf in den Betrieben beschwerten.⁴⁸ Es gibt auch einige Indizien dafür, daß sich gerade der gut ausgebildete Leitungsnachwuchs in bestimmten Industriebranchen blockiert fühlte, etwa in der Elektro-Industrie und in den großen Chemiebetrieben wie Leuna und Buna: Hochschulabsolventen wurden nicht sofort auf fachlich geeignete Stellen berufen und sahen ihren beruflichen Aufstieg durch Angehörige der alten Elite blockiert. Andererseits beklagten sich ältere und parteilose Wissenschaftler und Techniker über die wachsende Politisierung des Universitäts- und Betriebslebens. Ängste entstanden, es könne nicht mehr lange dauern, bis sie als überflüssig gelten und durch neue »Kader« ersetzt würden.⁴⁹ Auch familiäre Motive spielten bei der anhaltenden Fluchtwelle eine bedeutsame Rolle. In den 1950er Jahren waren viele Familienzusammenführungen von Kriegsevakuierten noch nicht abgeschlossen; die Heimkehr der letzten deutschen Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion im Jahr 1955 löste dann sogar eine neue Welle solcher familiärer Wiedervereinigungen aus. Die »Republikflucht« selbst verursachte eine Art Kettenreaktion, da Angehörige von Geflüchteten vielfach mit einiger zeitlicher Verzögerung ebenfalls in den Westen gingen. Vielfach war der Wechsel über die Zonengrenze auch nur ein Ausweg aus belastenden persönlichen Bindungen und Verpflichtungen, die Entscheidung für ein »neues Leben in Freiheit« also in einem ganz anderen Sinne, als westdeutsche Politiker es meinten, wenn sie von den DDR-Flüchtlingen sprachen.

Die SED hat in den 1950er Jahren durchaus sehr viel unternommen, um den Massensexodus ihrer Bürger zu stoppen oder doch wenigstens einzudämmen. Schon im September 1952 wurde eine Kommission zur Bekämpfung der »Republikflucht« gebildet. Zunächst initiierte sie, da das Land vielfach gerade besonders hochqualifizierte Führungskräfte an den Westen verlor, eine »Gegenabwerbungskampagne« in der Bundesrepublik: »Zuverlässige Mitglieder von Delegationen, die wissenschaftliche Tagungen in Westdeutschland besuchen, sind darüber zu instruieren, daß sie Wissenschaftler, Ärzte, Spezialisten usw. (individuell) werben und Adressen sammeln sollen.« Wie sich denken läßt, blieb das Ergebnis dieser hochkonspirativen Bemühungen äußerst gering.⁵⁰ Zwar gab es durchaus Menschen, die aus der Bundesrepublik in die DDR gingen: Zwischen 1954 und 1960 betrug ihre Zahl 159 305. Ihre Motive für diesen mitten im Kalten Krieg höchst ungewöhnlichen Schritt liegen mangels wissenschaftlicher Untersuchungen bislang noch weitgehend im Dunkeln. Es ist jedoch davon auszugehen, daß hier das oben über die Beweggründe der »Republikflüchtigen« Gesagte wiederholt werden könnte: Die politische Überzeugung – also ein bewußtes Bekenntnis zum Sozialismus – dürfte nur in einem kleinen Teil der Fälle eine Rolle gespielt haben; typisch dürfte hingegen eine Gemengelage persönlicher Motive gewesen sein, wobei der Familienzusammenführung wahrscheinlich besonders große Bedeutung zuzumessen ist. Wirtschaftliche Impulse kamen hinzu: Die Umstrukturierung des Ruhrbergbaus Ende der 1950er Jahre, die zu zahlreichen Entlassungen führte, war ein zusätzlicher Grund für nicht wenige erwerbslose Bergarbeiter, sich eine Arbeit in der DDR zu suchen. Auch wenn man zur genannten

47 Volker Ackermann, *Der »echte« Flüchtling. Deutsche Vertriebene und Flüchtlinge aus der DDR 1945–1961*, Osnabrück 1995; Helge Heidemeyer, *Flucht und Zuwanderung aus der SBZ/DDR 1945/49–1961*, Düsseldorf 1994.

48 Stand und Entwicklung der Bevölkerungsbewegung im Jahre 1960, 13. 2. 1961, Bundesarchiv Berlin (BAB), DO-1/11/967, Bl. 37–60.

49 Ohne Titel, 31. 3. 1958, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/6.03/62, Bl. 42–48.

50 SED-ZK (Abt. Staatl. Verwaltung), Vorschläge für Maßnahmen gegen die Republikflucht und zur Werbung von Fachkräften in Westdeutschland, 22. 9. 1952, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13/393.

Zahl noch die rund 300 000 Fälle von »Rückwanderungen« hinzuzählt (also von »Republikflüchtigen«, die mehr oder weniger reumütig in die DDR zurückkehrten), ergibt sich im Vergleich mit der oben genannten Zahl der Flüchtlinge aber keine sonderlich imposante Zahl. Allerdings hinkt dieser Vergleich, denn ein hoher Prozentsatz der in die DDR »zuziehenden« Menschen wurde nach schlechten Erfahrungen in Barackenlagern unter Aufsicht der überaus mißtrauischen Volkspolizei in kurzer Frist selbst zu Republikflüchtigen. Dies gilt auch für viele der »Rückkehrer«, die oft erneut »abhauten« und so zur Verzerrung einer scheinbar so eindeutigen Statistik beitrugen.⁵¹

Selbstverständlich beschränkte sich die SED bei ihren Bemühungen um Eindämmung der Fluchtwelle aber nicht auf den Versuch, Westbürger abzuwerben. In den frühen 1950er Jahren versuchte sie, die Einwohner des Landes vor allem mit propagandistischen Mitteln zum Bleiben zu bewegen, mit Wandzeitungen in den Betrieben, Broschüren mit Titeln wie »Aus dem goldenen Westen«, mit Hörspielen und politischen Foren in den Wohngemeinden. Dabei arbeitete die Propaganda stets mehrgleisig: Neben Kampagnen, die Angst erwecken sollten und Ausbeutung und Elend als alltägliches Schicksal aller Arbeiter im Kapitalismus darstellten, neben politischen Schmähungen der Bundesrepublik als Hort von »Kriegstreibern« und NS-Verbrechern standen immer auch Versuche, Stolz auf den neuen Staat sowie auf die Aufbauleistungen und Begeisterung für die in satten Farben ausgemalte »sozialistische Zukunft« zu erwecken. Zur Erklärung der dennoch fortschreitenden Abwanderung wurde gegenüber den Dagebliebenen immer wieder auf die Machinationen westlicher Agenten verwiesen, die angeblich planmäßig und mit falschen Versprechungen Fachkräfte »abwarben«, um so den im Aufbau befindlichen Sozialismus zum Scheitern zu bringen. Diese Verschwörungstheorien der SED fanden jedoch bei der Bevölkerung kaum Glauben und wirkten eher lächerlich. Ein Schweriner scherzte z.B.: »Man kann ja direkt Minderwertigkeitskomplexe bekommen, zu hunderten sind die Menschen bei uns abgeworben worden, nur man selber nicht.«⁵² In der Endphase der Berlin-Krise bildete die offensichtlich fest an ihre eigene Propaganda glaubende SED sogar »Komitees gegen Menschhandel«, die die westlichen »Kopffäger« entlarven sollten. Es gibt einige Beweise dafür, daß selbst SED-Mitglieder diese Aktivitäten absurd fanden.⁵³

Tatsächlich hat die »Republikflucht« die Staats- und Parteiführung der DDR in eine Art Lähmung versetzt. Die Abteilung Bevölkerungspolitik und Meldewesen der Volkspolizei erarbeitete gewissenhaft ihre Monats-, Quartals- und Jahresberichte über die Abwanderung und so konnte die SED-Spitze jeweils schon nach kurzer Zeit erkennen, daß die Flüchtlingszahlen anstiegen, gleichgültig, was sie tat: Die vorübergehende Liberalisierung des Reiseverkehrs in die Bundesrepublik 1956/57 hatte ebensowenig einen positiven Effekt wie die gegenteilige Maßnahme, die Beschränkung der Zahl der erteilten Visa für Verwandtenbesuche in der BRD. Obwohl das Paßgesetz vom Dezember 1957, das die »Republikflucht« ebenso wie die Beihilfe dazu kriminalisierte und mit bis zu zwei Jahren Gefängnis bedrohte, zu einem zeitweiligen Rückgang der Fluchtbewegung führte, kann man daher nicht unbedingt von einer »sozialen Konsolidierung« der DDR-Gesellschaft ausgehen.⁵⁴ 1960/61 schnellten die Zahlen wieder hoch. Wie ich bereits an an-

51 BAB, DO-1/11/967, Bl. 53.

52 SED-ZK (Abt. Agitation), Argumente, die besonders in der Intelligenz auftreten (Stichtag: 24. 8. 1961), SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.02/6, Bl. 39–47.

53 H. W., Erklärung, 8. 9. 1961, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden (SächsHStA), BPA SED Dresden, IV 2/9.02/36. Ein Dresdner Genosse bezeichnete hiernach die Propagandalinie als »ungeschickt« und »plump«.

54 Staritz, S. 169–172. 1957 erfolgten 171 674 aller Republikfluchten mit Reisevisum (56,3 Prozent); 1958 wurde die Aushändigung der Visen drastisch reduziert, so daß in diesem Jahr nur noch 16 644 (8,6 Prozent) »legal« flüchteten. Die administrative Manipulierung der Reiseschleusen

derer Stelle ausgeführt habe, trug die Berlin-Krise direkt zu dieser neuen Abwanderungswelle bei, nährte sie doch bei vielen DDR-Bürgern die Ansicht, sie würden schon in naher Zukunft keine Gelegenheit zur Flucht mehr haben. Waren die meisten Flüchtlinge noch Mitte der 1950er Jahre über die innerdeutsche Grenze gegangen, so wählten 1960 etwa 95 Prozent der Abwanderer wegen des dort mittlerweile zunehmend effektiveren »Grenzregimes« der DDR-Volksarmee den Weg über Berlin. Seit dem Chruschtschow-Ultimatum von 1958 aber kursierten beständig Gerüchte, die Sektorengrenze zwischen Ost- und West-Berlin werde in absehbarer Zeit ebenfalls »dichtgemacht« werden. Den Effekt dieser Gerüchte hat die SED-Führung im Juli 1961 selbst exakt beschrieben: »In den letzten Tagen ist eine verstärkte Republikflucht von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik festzustellen. Unzufriedene und schwankende Elemente glauben offensichtlich, angesichts des bevorstehenden Abschlusses eines Friedensvertrages, in einer gewissen Torschlußpanik jetzt schnellstens die Deutsche Demokratische Republik verlassen zu müssen.«⁵⁵

Allerdings sollte über solchen Meldungen nicht vergessen werden, daß die Berliner Sektorengrenze nicht nur von Flüchtlingen überschritten wurde. Viele der Menschen, die sie von Ost nach West passierten, hatten andere Motive und dementsprechend handelte es sich auch nicht um eine »Einbahnstraße«. Hier sind vor allem die sogenannten »Grenzgänger« zu erwähnen: Bis 1961 pendelten knapp 60 000 Ost-Berliner und Brandenburger täglich nach West-Berlin, die dort ihren Lebensunterhalt in »Westmark« verdienten, aber im Osten der Stadt oder in deren Umland wohnten.⁵⁶ In West-Berliner Großbetrieben wie Siemens-Schuckert kamen 1960 z.B. 11,3 Prozent der Belegschaft (mit steigender Tendenz) aus der DDR; bei der AEG waren es 4,8 Prozent.⁵⁷ Auch für die vielen Kleinbetriebe bildeten die Grenzgänger einen wichtigen Arbeiterstamm; untergeordnete Arbeit leistete das sogenannte »Scheuerlappengeschwader« von mehreren Tausend Putzfrauen. Gelegentlich unternommene Versuche der DDR-Behörden, mit Sanktionen gegen die Ost-West-Pendler vorzugehen, hatten kaum nennenswerte Ergebnisse erbracht. So bestellte man Grenzgänger auf die Reviere der Volkspolizei und bedrohte sie mit dem Entzug des Ausweises; andere wurden bei Hausversammlungen öffentlich an den Pranger gestellt, da sie ihren Westlohn »schwarz« zu sehr günstigen Kursen in DDR-Mark umtauschten, was zur Folge hatte, daß die bereits subventionierten Mieten und Grundnahrungsmittelpreise im Osten für sie geradezu lächerlich gering wurden. All dies blieb allerdings halbherzig und unentschlossen. Erst in den letzten Tagen vor dem Mauerbau ist die SED zur systematischen Registrierung der Grenzgänger übergegangen. In der zugespitzten politischen Lage des Jahres 1961 galten sie ihr nun als Träger der Ideologie des Westens, die sich von der politischen Verantwortung in der Wohngegend zurückzogen und die Nachbarschaft im negativen Sinne beeinflussten.⁵⁸ Andere DDR-Bürger nutzten die offene Berliner Sektorengrenze für gelegentliche Abstecher in die kapitalistische Marktwirtschaft: Viele Ost-Berliner – aber auch Einwohner des DDR-Hinterlandes – gingen in West-Berlin einkaufen, vor allem um sich mit Waren einzudecken, die im Sozialismus gar nicht oder nur in unzureichender Qualität zu erhalten waren. Schuhe, Wintermäntel und Kinderbekleidung waren immer gefragt. Klempner fuhrten manchmal lange Umwege, um Ersatzteile in West-Berliner Geschäften zu beschaffen.

spielte m.E. also eine ebenso große Rolle wie der soziale Fortschritt bei der Reduzierung der Zahl der Fluchten.

55 SED-PB, 28. 7. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/2/780.

56 Vgl. ausführlicher Jörn Schütrumpf, Zu einigen Aspekten des Grenzgängerproblems im Berliner Raum von 1948/49 bis 1961, in: Jahrbuch für Geschichte 31, 1984, S. 333–358.

57 Repräsentativerhebung, o.D., LAB, Rep. 4/Acc. 2140/Nr. 192.

58 Ministerium des Innern, Einschätzung des Grenzgängerproblems im demokratischen Berlin und in den Randgebieten, 10. 1. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/13/366, Bl. 85–89.

Für Jugendliche waren die Marktstände am Potsdamer Platz, die Jeans und andere modische Kleidung anboten, unwiderstehliche Anziehungspunkte.⁵⁹ Auch in der DDR nicht erhältliche Bücher und Pressepublikationen wurden gekauft. Bei deren Mitnahme über die Grenze waren allerdings die ostdeutschen Zöllner zu fürchten, die bei Kontrollen die im Osten nicht erwünschte »Schund- und Schmutzliteratur« wie auch politisch mißliebige Titel routinemäßig konfiszierten. Der größte Anziehungspunkt gerade für junge Menschen aus der DDR waren aber die West-Berliner Kinos, besonders die direkt hinter der Sektorengrenze gelegenen Lichtspielhäuser am Potsdamer Platz, am S-Bahnhof Gesundbrunnen und am Schlesischen Tor. Wie ein empörter SED-Beobachter berichtete, zeigten sie »fast ausschließlich Filme amerikanischer Herkunft, in denen Schießereien, Morde und sonstige Gewaltakte und nicht zuletzt die Erotik eine große Rolle spielen«. Unter den hier laufenden Publikumshits des Jahres 1956 waren etwa inzwischen vollkommen vergessene Filme wie »Engel der Halbstarken«, »Hände hoch, old Boy«, »Chikago um 12 Uhr Mitternacht«, »Sündige Liebe« und »Serenade für 2 Pistolen«. Viele dieser »Grenzkinos« waren zudem mit Cinemascope ausgerüstet: Sie stellten ihre Ost-Berliner Konkurrenz also auch technisch in den Schatten.⁶⁰ Die stets nicht nur um politische, sondern auch um moralische Korrektheit und »Sauberkeit« besorgte SED sah den Zustrom der DDR-Bürger in diese Lichtspielhäuser mit großer Sorge. Ulbricht bezeichnete West-Berlin denn auch immer wieder als »Sumpf« und als Metropole kapitalistischer Dekadenz und Verworfenheit, vor der die Ostdeutschen schon im Interesse ihrer moralischen »Gesundheit« zu schützen seien.⁶¹

In der Sicht der SED-Führung gab es also ein ganzes Bündel von überaus guten Gründen, die offene Berliner Sektorengrenze abzusperren: Die Souveränität der DDR schien unvollständig zu sein, so lange sie daran gehindert wurde, an der Berliner Sektorengrenze die gleichen Sperr- und Kontrollmaßnahmen zu ergreifen wie an der Grenze zur Bundesrepublik; die beständige Abwanderung gerade gut qualifizierter und junger Arbeitskräfte über Berlin hatte zunehmend dramatische volkswirtschaftliche und soziale Auswirkungen; schließlich bedrohte die offene Grenze auch die Bemühungen der SED um »weltanschauliche« Erziehung der DDR-Bürger. Bei der Lösung des Problems war und blieb die SED aber trotz ihrer zunehmend eigenständigen Vorgehensweise in den Jahren 1960/61 von der UdSSR abhängig, weil jede Entscheidung und Aktion in dieser Sache eines der zentralen Konfliktfelder des Kalten Krieges berührte und sie zugleich auch im Innern auf die Präsenz und Hilfe der sowjetischen »Waffenbrüder« angewiesen war.

III. DIE ENTSCHEIDUNG ZUR SCHLISSUNG DER GRENZE

Die welt- und deutschlandpolitischen Hintergründe der Entscheidung zum Bau der Mauer können hier nicht ausführlich geschildert werden. Im folgenden soll nur kurz skizziert werden, wie es der SED gelang, die Zustimmung der sowjetischen Führung und auch der anderen Regierungen der Staaten des Warschauer Paktes zu der von ihr gewünschten Schließung der Grenze zu gewinnen und wie diese dann praktisch vorbereitet wurde.

In einer ganzen Reihe von eindringlich formulierten Brand- und Bettelbriefen, die Ulbricht 1960/61 an Chruschtschow sandte, um zusätzliche Rohstoff- und Lebensmittels-

59 Interview des Autors mit Ehepaar M., Berlin, 15. 9. 1996.

60 Berliner Zahlungsverkehr (Abt. Geldumlauf), Analyse des Besuches von West-Berliner Kinos durch Bewohner unseres Wirtschaftsgebietes, 16. 4. 1956, SAPMO-BArch, DY 30, IV/2/2.026/75, Bl. 45–52.

61 Dokumente zur Außenpolitik, S. 162.

lieferungen zu erwirken, schilderte er die wirtschaftliche Situation der DDR in zunehmend düsteren Farben: Der ökonomischen Konkurrenz mit der Bundesrepublik sei die DDR nicht gewachsen.⁶² Im Januar 1961 gestand der SED-Führer dem Kreml ein, daß »wir die ökonomische Hauptaufgabe im Jahre 1961 nicht vollständig erfüllen können«. Der neue Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik lag nach seinen Worten nicht mehr in den in den Vorjahren entwickelten ambitionierten Investitionsprogrammen, sondern nur noch in Versuchen zur Schadensbegrenzung, »um die Republikflucht zu vermindern«. ⁶³ Im Juli d.J. übermittelte der sowjetische Diplomat Kwizinskij der sowjetischen Führung dann die Warnung Ulbrichts, die DDR stehe kurz vor dem Zusammenbruch.⁶⁴ Auf dem gegenwärtigen Stand der Forschung läßt sich nicht eindeutig entscheiden, ob diese Analyse den Tatsachen entsprach, ob die SED-Spitze selbst an dieses Katastrophenszenario glaubte, oder ob es sich um taktisch eingesetzte Negativmeldungen handelte, die Chruschtschow zum Handeln bewegen sollten und deshalb dramatisiert wurden – in jedem Falle aber trugen sie dazu bei, daß die KPdSU dem Wunsch ihrer »Schwesterpartei« schließlich nachgab. Nach dem erfolglosen Treffen mit Präsident Kennedy in Wien suchte Chruschtschow ohnehin einen Ausweg aus der Berlin-Krise durch eigenes Handeln. Nach anfänglichem Zögern auf Seiten der Sowjetführung fiel die Entscheidung zum Bau der Berliner Mauer dann gegen Ende Juli.⁶⁵

Die DDR-Behörden wurden daraufhin sofort sehr aktiv. Am 24. Juli stellte die Abteilung Sicherheit des ZK der SED eine ausführliche Auflistung der notwendigen Baumaterialien für eine vollständige Abriegelung der Berliner Sektorengrenze zusammen. Nach dieser Berechnung waren dazu 485 Tonnen Stacheldraht und 51,9 Tonnen Maschenzaun erforderlich.⁶⁶ Kurz darauf wurde eine geheime Operativgruppe des Innenministeriums unter der Leitung des Chefs der »bewaffneten Organe« des Ministeriums, Willi Seifert, gebildet. Am 31. Juli befahl das Ressort dem Kommandeur der Grenzpolizei den »verstärkten pioniermäßigen Ausbau« der Grenze zu West-Berlin. In den folgenden Tagen transportierten Lastwagen Stacheldraht und Betonpfähle möglichst unauffällig von der Grenze zur Bundesrepublik in die Umgebung Berlins, wo sie konspirativ gelagert wurden.⁶⁷

Der politisch wie militärisch mit großen Risiken verbundene Schritt konnte allerdings nicht ausschließlich aufgrund von internen Absprachen zwischen Moskau und Ost-Berlin durchgeführt werden: Die Einwilligung der anderen, im Warschauer Pakt zusammengeschlossenen Staaten des »Ostblocks« war unweigerlich erforderlich. Vom 3. bis zum 5. August tagten die Partei- und Regierungschefs dieser Länder in Moskau. In seiner Rede zur Begründung des geplanten Mauerbaus versuchte Ulbricht, die Ängste der Anwesenden vor dem deutschen Militarismus und Expansionismus zu wecken, indem er die Nato in eine Linie mit Hitler stellte. Die Grenzabspernung sei notwendig, um einen mi-

62 Vgl. ausführlicher *André Steiner*, Politische Vorstellungen und ökonomische Probleme im Vorfeld der Errichtung der Berliner Mauer: Briefe Walter Ulbrichts an Nikita Chruschtschow, in: *Hartmut Mehringer* (Hrsg.), *Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone und in der Deutschen Demokratischen Republik*, München 1995, S. 233–268.

63 Ulbricht an Chruschtschow, 18. 1. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/129.

64 *Kwizinskij*, S. 179.

65 *Vladislav Zubok/Constantine Pleshakov*, *Inside the Kremlin's Cold War: From Stalin to Khrushchev*, Cambridge/Mass. etc. 1996, S. 251.

66 SED-ZK (Abt. Sicherheitsfragen) an Ulbricht, 24. 7. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/65, Bl. 82–126.

67 NVA (Inst. f. Deutsche Militärgeschichte), *Die Nationale Volksarmee in der Aktion vom 13. August 1961*, 20. 2. 1964, Bundesarchiv-Militärisches Zwischenarchiv Potsdam (BA-MZAP – jetzt Freiburg), Strausberg, AZN 32588, 35.

litärischen Angriff abzuwehren, der nicht nur auf die DDR ziele: »Das ist der altbekannte ›Drang nach Osten‹, mit dem der deutsche Imperialismus von jeher seine Aggression gegen die Völker Ost- und Südosteuropas betrieb.«

Neben diesen Propagandaformeln standen allerdings auch offenere Ausführungen über die ökonomische Bedeutung und Funktion der Mauer:

»Dem Gegner kommt es darauf an, die offene Grenze zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und West-Berlin zur Unterminierung unseres Staates und seiner Wirtschaft vor allem mit dem Mittel der Abwerbung und des Menschenhandels auszunutzen. Man muß offen aussprechen: Es ist den aggressiven Kräften Westdeutschlands und der Westmächte bereits gelungen, der Deutschen Demokratischen Republik mit diesen Mitteln ernsthaften Schaden zuzufügen. So lange Westdeutschland in seiner ökonomischen Macht und auch im Lebensstandard seiner Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik überlegen bleibt, kann die organisierte und mit großen Mitteln finanzierte Abwerbung nicht vermindert werden. [...] Im Interesse der Existenz und der Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik sind deshalb wirksame Maßnahmen zur Unterbindung der Abwerbung notwendig. Dazu gehört in erster Linie die Beseitigung der Agenten- und Spionagezentralen in West-Berlin und die *vollständige Kontrolle des Verkehrs*.«⁶⁸

Die Einzelheiten der geplanten Aktion wurden in Moskau nicht diskutiert; die DDR-Führung konnte nach der pauschalen Zustimmung ihrer Bündnispartner zur Schließung der Grenze weitgehend autonom handeln. Nach der Rückkehr der SED-Vertreter von der Tagung wurde Erich Honecker mit der operativen Leitung der Maßnahme beauftragt, aber erst am 9. August setzte er sich mit Verkehrsminister Erwin Kramer zusammen, um deren genauen Verlauf zu bestimmen. Unter Honeckers Vorsitz sollte sich um Mitternacht des 12. August ein sogenannter »Zentralstab« konstituieren. Um 1 Uhr waren das Innenministerium, die Bezirkseinsatzleitungen von Berlin und Potsdam sowie die Kampfgruppen in Ost-Berlin und Umgebung zu alarmieren. Gleichzeitig sollte das Ministerium für Staatssicherheit eine Kontrolle des Sperrgebiets an der Staatsgrenze West durchführen, um »feindliche Elemente« festzustellen.⁶⁹ Kennzeichnend für die hohe Geheimhaltungsstufe dieser Pläne ist vor allem die Tatsache, daß sogar die Führung der Stasi erst am Abend des 11. August eingeweiht wurde. Nach allgemeinen Ausführungen über die zu erwartenden Provokationen westlicher »Agenten« ordnete Minister Mielke für die Tätigkeit der Stasi-Männer an: »Kein Feind darf aktiv werden, keine Zusammenballung darf zugelassen werden. [...] Feindliche Kräfte sind sofort ohne Aufsehen unter Anwendung entsprechender Methoden festzunehmen, wenn sie aktiv werden.«⁷⁰

IV. DIE FOLGEN DER GRENZSCHLISSUNG

Trotz aller zuvor umlaufenden Gerüchte und Ängste traf die Grenzschießung die Mehrheit der DDR-Bevölkerung unvorbereitet und überraschend. Da der 13. August ein Sonntag war, bestand kaum die Gefahr einer unmittelbaren Konfrontation zwischen den aufgezogenen Ordnungskräften und zurückgewiesenen »Grenzgängern« sowie einkaufswilligen DDR-Bürgern. Dennoch wurden SED-Agitationsgruppen zu den Bahnhöfen und sonstigen potentiell »neuralgischen Punkten« geschickt, um eventuell aufkeimende Empörung durch Beeinflussung oder auch schon durch ihre schiere Gegenwart im Keim zu ersticken. Die wenigen Spätheimkehrer und Frühaufsteher, die als erste das neue

68 Ulbricht-Rede, 3. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/201/1216. Hervorhebung im Original.

69 Plan der Maßnahmen (geschrieben 9. 8. 1961 v. EK f. EH), BA-MZAP, VA-01/39575.

70 Ministerium für Staatssicherheit, Protokoll über die Dienstbesprechung am 11. 8. 1961, 18. 8. 1961, Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen-Zentralarchiv (BStU-ZA), MfS-SdM 1557, Bl. 231–237.

»Grenzregime« entdeckten, verhielten sich meistens ruhig. Sie sammelten sich vor den Litfaßsäulen, an denen der Beschluß der Volkskammer über die Sperrmaßnahmen angeschlagen war, lasen ihn und gingen ihres Weges.⁷¹ Ein Jugendlicher erklärte, »daß es für ihn sehr überraschend kam. Er sagte, durch die Durchführung dieser Maßnahmen sei er noch ganz durcheinander.«⁷² Obwohl viele DDR-Einwohner mit einer verstärkten Kontrolle der Sektorengrenze gerechnet hatten, wurden sie doch von der Radikalität der Maßnahme überrascht. Den frühen Stimmungsberichten ist auch zu entnehmen, daß vielfach eine baldige Zurücknahme der Absperrung erwartet wurde. Schließlich war die Sektorengrenze auch nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 zunächst geschlossen, dann nach einigen Wochen aber wieder freigegeben worden. Das gleiche hatte sich im September 1960 bei der ganz kurzfristigen Grenzsperrung aus Anlaß des West-Berliner »Revanchistentreffens« wiederholt. Das provisorische Wesen der ersten Grenzhindernisse, die nur aus Stacheldraht und Maschenzäunen bestanden, bestärkte diese Hoffnungen.

Nach dem Abklingen des Überraschungseffekts und mit der Ausbreitung der Nachricht aber zeigte sich die Berliner Bevölkerung doch rasch feindseliger. Schon im Laufe des Vormittags wurde gemeldet, »daß negative Äußerungen häufiger werden und z.T. sehr aggressiv gemacht werden. Wie bereits berichtet, sind die Hauptargumente: Keine Freiheit, keine Demokratie. Dabei kommt es wiederholt zu Äußerungen gegen die Regierung und die Politik unserer Partei.«⁷³ Bald bildeten sich größere Menschenansammlungen auf beiden Seiten der Grenzübergänge. An etwa sechs Stellen im Ostsektor wuchsen diese Gruppen auf einige hundert Menschen an, wobei manchmal versucht wurde, die Grenzhindernisse zu entfernen. Am Übergang Wollankstraße schrie eine Frau: »Gehen wir doch in die Straßenmitte und machen einen gewaltsamen Durchbruch, wir sind alles Deutsche, wir wollen rüber zu unseren Brüdern.«⁷⁴ Im allgemeinen blieben die Ost-Berliner jedoch passive Zuschauer. Es waren vor allem West-Berliner Jugendliche – »Rowdys« im Jargon der SED –, die Auseinandersetzungen mit der Grenzpolizei wagten und Steine und Nebelkerzen über die Sektorengrenze warfen, bis die West-Berliner Polizei intervenierte, um die eigene Bevölkerung von den Grenzanlagen fernzuhalten.

In den anderen Großstädten der DDR wurde die Situation als ruhig beschrieben. In Karl-Marx-Stadt war die Lage nach Ansicht der Partei »als normal einzuschätzen«.⁷⁵ In Dresden wurde festgehalten, »daß das Leben in der Stadt normal läuft«.⁷⁶ Auch in Leipzig verzeichnete die SED eine »völlig ruhige Stimmung. Es konnten keine Feststellungen über Panikmacherei oder sonst irgend etwas getroffen werden.«⁷⁷ Einige Tage nach dem Mauerbau resümierte das MfS allerdings, die Diskussionen über die Grenzschießung hätten »einen sehr großen Umfang angenommen«. Positive Meinungen seien dort am häufigsten, »wo organisierte Aussprachen und Kurzversammlungen durchgeführt wurden«. Ohne die Gegenwart von SED-Agitatoren war dies zwar nicht immer der Fall; bedrohliche Ausmaße aber nahm die Mißstimmung nach dem Urteil der Stasi nirgendwo an: »Negative Diskussionen zeigen sich in den Bezirken der DDR überwiegend als Ein-

71 PdVP Berlin (Bezirksschule), 13. 8. 1961, LAB (STA), Rep. 303/26.1/Nr. 230, Bl. 16.

72 SED-KL Neustrelitz (Abt. Org-Kader), Informationsbericht 8.00 Uhr, 14. 8. 1961, Mecklenburgisches Landeshauptarchiv (MLHA) Schwerin, BPA SED Neubrandenburg, IV 2/11/976.

73 SED-BL Berlin (Abt. Org-Kader), Information zu den Schutzmaßnahmen (10 Uhr 45), 13. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/12/1278.

74 SED-ZK (Abt. PO), 2. Kurzinformation, 13. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/5/433, Bl. 4–5.

75 BDVP-BEL KMS, 1. Bericht: Maßnahmen der Regierung der DDR zur Berlin-Frage, 13. 8. 1961, Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz (StAC), SED-BL KMS, IV 2/12/5, Bl. 1–2.

76 SED-SL Dresden (Abt. PI), Kurzbericht Nr. 5, 13. 8. 1961, SächsHStA, BPA SED Dresden, IV 2/5/134, Bl. 108 f.

77 2. Information, o.D., Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (StAL), SED-BL Leipzig, IV 2/12/594.

zelstimmen, während sie im demokratischen Berlin [gemeint ist Ost-Berlin – P.M.] einen etwas größeren, aber keineswegs übermäßigen Umfang aufweisen.«⁷⁸ Am Abend des 14. August traf der zur Durchführung des Mauerbaus eingesetzte »Zentralstab« unter Honeckers Vorsitz zum ersten Mal zusammen, um die Lage zu besprechen. Die Stimmung der eingesetzten Ordnungskräfte wurde als »gut« bewertet. Honecker mahnte jedoch, die Wachsamkeit sei »weiterhin zu verstärken. Es darf keine Sorglosigkeit eintreten, die bewaffneten Kräfte müssen in erhöhter Einsatzbereitschaft gehalten werden – Laufende Beobachtung und Zerstreuung von Gruppen, die sich an der Grenze und in der Tiefe bilden.«⁷⁹

Wie sich denken läßt, beobachteten die DDR-Sicherheitsorgane die Stimmung in der Arbeiterschaft ganz besonders aufmerksam. Dies galt zumal für die Berliner Baustellen, deren Arbeiter 1953 das Signal für den Volksaufstand gegeben hatten. Bei der »Jugendbrigade Pavel« an der Stalinallee z.B. kam es tatsächlich zu Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern und Gewerkschaftern:

»In der Diskussion [...] wurde sehr viel vom autoritären Regime gesprochen. Zum Schluß fiel die Bemerkung: Na, der Tag ist ja noch nicht zu Ende. Nach Bekanntwerden dieser Diskussion wurde ein leitender Genosse zu dieser Brigade geschickt. Sie verweigerten ihm zunächst den Gruß. Nach mehrmaliger Aufforderung erwiderten sie ihn dann ganz widerwillig und es kam zu keiner richtigen Auseinandersetzung. Von der Aufbauleitung wurde ein Genosse Bauleiter zu dieser Brigade geschickt, der sich ständig bei ihr aufhält und für ihre Isolierung sorgt.«⁸⁰

Im VEB Bauhof in Friedrichshain hielt die Mißstimmung der Arbeiter mehrere Tage lang an. Auf einer Versammlung von 120 Bauarbeitern eine Woche nach der Grenzschließung gab es stürmische Szenen:

»Bereits bei den ersten Worten wurde der Referent in seinen Ausführungen unterbrochen. Es gab Zwischenrufe (wie sich später herausstellte, von einem Grenzgänger), die darin gipfelten, daß die Gemeinheiten von hier kämen und nicht von drüben, Zwischenrufe wie »daß der Stacheldraht von hier aufgestellt worden ist und nicht vom Westen« und viele andere Argumentationen und mehr. [...] Es war jedoch nicht möglich, einen disziplinierten Versammlungsablauf zu erreichen. Nachdem durch einen Anruf des Genossen K. von der Kreisleitung Genossen erschienen, sich am Ausgang des Versammlungsraumes und auch an den Fenstern aufstellten, wurde die Versammlung ruhiger, weil manch einem gewiß Angst vor der eigenen Provokation wurde.«⁸¹

Solche Auseinandersetzungen an der Arbeitsstelle scheinen jedoch eher Ausnahmen gewesen zu sein. In den Betrieben der industriellen Provinz war die Arbeitsaufnahme am Montagmorgen relativ problemlos vor sich gegangen. Aus Potsdam wurde gemeldet: »In den Großbetrieben ist der Gegner jedenfalls nicht zum Zuge gekommen. Die Partei ist hier offensiv gewesen.«⁸² In Halle bewertete die Partei die Stimmung der Arbeiter in den Großbetrieben zwar als gespannt; sie vermerkte aber keine offensiven Reaktionen gegen die Grenzabspernung.⁸³ In einigen Betrieben ist es allerdings doch zu kleineren Arbeitsniederlegungen gekommen, die das Bild von glatter Akzeptanz oder resignierter Hinnahme des Mauerbaus korrigieren. Im VEB Holzindustrie in Hennigsdorf z.B. verwei-

78 MfS (ZAIG), [Bericht über] die Reaktion der Bevölkerung der DDR und des demokratischen Berlin auf die Maßnahmen des Ministerrates, 15. 8. 1961, BStU-ZA, MfS-ZAIG 526, Bl. 1–5.

79 NVR-ZS, Protokoll der Lagebesprechung, 14. 8. 1961, BA-MZAP, VA-01/39573, Bl. 1–5.

80 SED-BL Berlin (Abt. Org-Kader), Information zu den Schutzmaßnahmen, 14. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/12/1278.

81 RdSB Friedrichshain (Bauamt), Politische Einschätzung der Belegschaftssammlung im VEB Bauhof Friedrichshain am 21. 8. 1961, 23. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 4/01/241.

82 SED-BL Potsdam an Honecker, 14. 8. 1961, BLHA, Bez. Pdm. Rep. 530/IV 2/5/1032.

83 SED-KL Leuna, Meinungen zu den Massnahmen vom 13. 8. 1961, 29. 8. 1961, Landesarchiv Merseburg (LAM), BPA SED Halle, IV/412/279, Bl. 12 f.

gerten 40 Arbeiter die Arbeitsaufnahme. »Es wurde gefordert, daß die Maßnahmen rückgängig gemacht werden und freie Wahlen gemacht werden.« Die von den Arbeitern vorgetragenen Hauptargumente gegen die Grenzsperrung waren: »1.) Man hat uns vor der Einführung der Maßnahmen nicht gefragt, obwohl es immer heißt: Plane mit, regiere mit. 2.) Das Arbeitsgesetzbuch ist unvollkommen, weil kein Streikrecht enthalten ist. 3.) Die Panzer, Truppen, Betonpfähle müssen weg.«⁸⁴ Im VEB Beschläge in Luckenwalde gab es eine ähnliche Auseinandersetzung, wobei vier Betriebsangehörige die Arbeit verweigerten. Auch im Postscheckamt in Berlin-Mitte nahmen 100 Mitarbeiterinnen an einer Schweigeminute teil, zu der der westdeutsche DGB aufgerufen hatte.⁸⁵ Im VEB Carl Zeiß in Jena rief sogar ein Parteimitglied zur Beteiligung an der Schweigeminute auf; er wurde aber – wie auch die »Streikführer« in den übrigen erwähnten Fällen – sofort verhaftet und durch ein Schnellgericht abgeurteilt.⁸⁶ Im Vergleich mit den Massenstreiks von 1953 ergibt sich in der Gesamtschau also ein ganz anderes Bild: Im August 1961 kam es in den DDR-Betrieben nur zu ganz vereinzelten Protestaktionen.

Daraus sollte allerdings nicht auf eine widerspruchslöse Zustimmung zur Grenzsperrung geschlossen werden. Dem »Zentralstab« lag bereits am Abend des 14. August eine Zusammenstellung von nach Meinung der Parteiinformation typischen Reaktionen auf die Schließung der Grenze vor, die hier im folgenden vollständig wiedergegeben wird:

»1. Positive Meinungsäußerungen

Das war Zeit, dass den Grenzgängern das Handwerk gelegt wurde.

Das ist richtig, dass die Schieber anständig eins mitkriegen.

Einmal musste ja ein Riegel vorgeschoben werden.

Nun werden wir endlich genügend Arbeitskräfte bekommen.

Das ist in Ordnung, dass solch durchgreifende und wirksame Massnahmen ergriffen werden.

2. Positive Meinungsäußerungen mit Vorbehalten

Die Massnahmen sind richtig, aber es ist nicht in Ordnung, dass die West-Berliner so grosszügig bei uns hereingelassen werden. Dann kann sich ja das ganze Kopffäger- und Agentengesindel weiter unbehelligt bewegen.

Die Massnahmen sind richtig, aber man sollte die alten Leute, die kurz vor der Rente stehen, besonders behandeln.

(das gleiche wird gesagt in Bezug auf solche, die schon sehr lange in den Betrieben arbeiten).

3. Unklarheiten und Fragen

Warum muss das mit Panzern, Waffen usw. gemacht werden?

Bei solchen, die unmittelbar in irgendeiner Form betroffen sind:

Was wird mit unseren Renten, mit meinem Grundstück, mit meinen Sachen, die ich noch drüben habe, was wird mit Kranken-, Friedhofs- und Familienbesuchen?

Hoffentlich geht das alles gut ab.

4. Negative Argumente

Jetzt sieht man ja, wer die Spaltung vertieft.

Ein neuer Beweis, dass es auch bei uns Militarismus gibt.

Eine solche Zuspitzung ist falsch, denn die West-Berliner sind auch alle für den Frieden.

Das werden sich die Westmächte nicht gefallen lassen. Es wird zum Krieg kommen.

Die Westmächte werden mit wirtschaftlichen Repressalien antworten, und dann wird es noch schlechter bei uns.

84 SED-KL Hennigsdorf, Bericht über die provokatorischen Vorkommnisse im VEB Holzindustrie Hennigsdorf (18 Uhr), 14. 8. 1961, BLHA, Bez. Pdm. Rep. 530, IV/2/5/1021.

85 FDGB-BuVo (Abt. Organisation), Klassenfeindliche Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Beschluß des Ministerrats der DDR zur Sicherung unserer Grenzen, 16. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/6.11/65, Bl. 223–230.

86 FDGB-BuVo (Abt. Organisation), Klassenfeindliche Tätigkeit, 19. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/6.11/65, Bl. 242–247.

Das ganze geschieht nur, um die Republikfluchten zu verhindern.

Das ist eine Verletzung der persönlichen Freiheit.

Die Massnahmen sind undemokratisch, weil sie mit der Bevölkerung nicht diskutiert wurden.

Für die ganzen Grenzgänger habt ihr ja gar keine Arbeit.«⁸⁷

Wie sich zeigt, fielen die Reaktionen – je nach der politischen Grundeinstellung und Informiertheit der Sprechenden – höchst unterschiedlich aus. Für den Historiker ist es im Rückblick noch schwieriger als seinerzeit für die Parteiinformation, die einzelnen Meinungsrichtungen zu quantifizieren. Nur gelegentlich findet man entsprechende Zahlen in den Akten, die aber alle nur auf ganz persönlichen – und damit eng begrenzten – Erfahrungen beruhen. Ein Gewerkschaftsinstrukteur erfuhr von einem untergeordneten Funktionär des Verbandes z.B.: »Wenn Ihr mit den Kollegen sprechen wollt, werden sie Euch wahrscheinlich rauswerfen. 90 Prozent aller Menschen sind sowieso gegen diese Maßnahmen.«⁸⁸ In einigen Briefen von DDR-Bürgern in die Bundesrepublik finden sich ähnliche Urteile. Die folgenden Zeilen stammen aus einem Hörerbrief an den West-Berliner Sender RIAS: »Über Umwege müssen wir schreiben, um unsere Stimme auch einmal zu erheben. Wir sind noch sehr jung, aber über die Absperrmassnahmen des Pankower Regimes sind wir sehr empört. Und wir wissen genau, dass 80 Prozent der Bevölkerung diese Massnahmen nicht billigen.« In einem anderen solchen Brief dagegen findet man eine differenziertere und wohl auch realistischere Einschätzung: »Auch hier sind die Menschen leider nicht einig. Die mit ehrlicher Gesinnung sperrt man ein, die zweite Sorte sagt aus Angst zu allem Ja und Amen und die dritte Sorte ist immer dabei, da kann an der Macht sein, wer will, sie gehen mit dem Wind, denn sie suchen nur ihre Vorteile.«⁸⁹

In dieser unübersichtlichen Situation, in der offene Proteste eher die Ausnahme als die Regel waren, fühlten sich die Behörden stark genug, die mögliche Auseinandersetzung mit den »Grenzgängern« zu bestehen, die am stärksten und unmittelbarsten von allen Einwohnern der DDR von der Grenzsperrung betroffen waren. Dabei hoffte man durchaus berechtigt auf Rückhalt in der Bevölkerung, denn die Pendler waren – wie oben bereits gezeigt – als Nutznießer besonderer Privilegien bei der »normalen« Bevölkerung Ost-Berlins und der DDR recht unbeliebt. Es findet sich in den Stimmungsberichten tatsächlich auch eine Vielzahl von Verurteilungen der Grenzgänger; ja, vielfach gab dies sogar den Ausschlag für eine positive Reaktion auf den Mauerbau: »Direkte Zustimmung ist immer mit Freude oder sogar Schadenfreude gegenüber den Grenzgängern verbunden«, notierten die Sicherheitsorgane in Berlin. Allerdings wurden teilweise doch Unterschiede zwischen langjährig im Westen beschäftigten Pendlern und solchen Grenzgängern gemacht, die nur um des eigenen Vorteils willen auf Arbeitsplätze jenseits der Sektorengrenze gewechselt waren.⁹⁰ Das gewichtige soziale Problem, daß knapp 60 000 Menschen wegen der Grenzsperrung von einem Tag zum anderen ohne Lohn und Brot dastanden, zwang die DDR-Behörden aber dennoch unmittelbar zum Handeln. Sofort nach dem Mauerbau wurden Registrierstellen in Berlin und Potsdam eingerichtet, die den ehemaligen Grenzgängern eine neue Arbeitsstelle zuweisen sollten. Wegen des ausgeprägten Arbeitskräftemangels in vielen Großbetrieben der »Hauptstadt der DDR« galt das nicht als besonders schwierig; vielmehr sahen die staatlichen Wirtschaftsplaner in der Schließung der Sektorengrenze sogar einen Vorteil, hofften sie doch, wichtige Per-

87 Zusammenfassung der am meisten verbreiteten Argumente, 13. 8. 1961, BA-MZAP, VA-01/39575, Bl. 279 f.

88 FDGB-BV Groß-Berlin (Abt. Org.), Information, 15. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 34/22232.

89 DRAB/HA, Bestand-RIAS, 1/92/33.

90 SED-BL Berlin (Abt. Org-Kader), Information zu den Schutzmaßnahmen (17 Uhr 45), 13. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/3/633.

sonallücken durch Einstellung der ehemaligen West-Pendler schließen zu können. Die Realisierung dieses Vorhabens aber verlief bei weitem nicht so reibungslos wie die Behörden hofften. Zunächst einmal fiel der Andrang bei den Registrierungsstellen geringer aus als erwartet: Viele Grenzgänger warteten – in der Hoffnung, die Mauer werde demnächst wieder geöffnet werden – Wochen, bis sie sich hier eintragen ließen. Die sich meldenden Arbeiter zeigten eine Mischung aus Desorientierung und Trotz: »Im allgemeinen sind die Grenzgänger ziemlich schüchtern, beginnen dann aber bei der Diskussion um den Arbeitsplatz Forderungen zu stellen: Spitzenlöhne, Normalschicht, Ablehnung bestimmter Betriebe, keine schwere Arbeit.«⁹¹ Die Behörden bemerkten auch mit Sorge, daß einige Ex-Pendler in Ost-Berlin von Betrieb zu Betrieb zogen, um die günstigsten Arbeitsbedingungen auszuwählen. Am 24. August 1961 wurde eine spezielle »Verordnung zur Verbesserung der Arbeitskräftelenkung und Berufsberatung« erlassen, um die Grenzgänger wirkungsvoller dorthin lenken zu können, wo sie nach Meinung der DDR-Wirtschaftsplaner besonders nötig waren. Das gelang jedoch nur begrenzt: Von den knapp 30 000 ehemaligen Pendlern, die bis Ende September in Ost-Berlin Arbeit fanden, kamen etwa 25 Prozent in halbstaatlichen bzw. Privatbetrieben unter, während der Personal-mangel in den VEB vielfach andauerte.⁹² Dieser Mißerfolg aber verminderte andererseits offensichtlich die Unruhe, die die Einstellung der Ex-Grenzgänger in den DDR-Staatsbetrieben auslöste: Gewöhnt an ein schärferes Arbeitstempo und eine striktere Arbeitsdisziplin scheinen sie sich bei ihren neuen Kollegen vielfach unbeliebt gemacht zu haben. Im Funkwerk Köpenick z.B. meldete der Betriebsschutz, »daß alte Betriebsangehörige ehemalige Grenzgänger zur Rede gestellt haben, weil sie zu gut arbeiten und damit ›die Norm‹ gefährden«.⁹³ Erst mit der Zeit scheint hier eine Angleichung ›nach unten‹ stattgefunden zu haben, die den Betriebsfrieden wiederherstellte.

Generell blieb die Produktivität der DDR-Wirtschaft unzureichend; Hoffnungen des SED-Politbüros, die Klärung der politischen Lage und die Absperrung des Fluchtweges über Berlin würden zur Hebung der Arbeitsmoral führen, erfüllten sich nicht. Gegen Ende August 1961 wurde ein sogenanntes »Produktionsaufgebot« in der Industrie gestartet. Die Ergebnisse blieben aber bescheiden: Die Arbeiter sahen in dieser Kampagne für mehr Leistung und bessere Qualität vor allem einen Versuch, die Arbeitsnormen zu erhöhen. In Berlin klagten Arbeiter: »Jetzt fangt ihr wieder mit der Normenschraube an«, oder: »Erst habt ihr die Grenzen dicht gemacht, jetzt kommen wir dran.«⁹⁴

Im Dezember d.J. lag die Planerfüllung lediglich bei 97,5 Prozent des Vorjahresstandes. Gegenüber der krisenhaften Situation des Sommers 1961 allerdings ließen sich doch einige Fortschritte verzeichnen: So lag die Arbeitsproduktivität pro Tag fast um ein Viertel höher als noch im Juli; darüberhinaus war es den Werksleitungen gelungen, die Tendenz zu Lohnerhöhungen zu stoppen, während dies zuvor gerade auch wegen der ungebremsten Fluchtbewegung in den Westen nicht möglich gewesen war.⁹⁵ Eine vollstän-

91 SED-BL Berlin (Abt. Org-Kader), Information zu den Schutzmaßnahmen (16 Uhr), 14. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/3/633.

92 SPK (Abt. Arbeitskräfte), Analyse über die Durchführung des Arbeitskräfteplanes in der Zeit von Januar bis September 1961, 14. 10. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/6.08/46, Bl. 99-108. Die restlichen etwa 10 000 ehemaligen Grenzgänger verteilten sich hauptsächlich auf die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder. Bei den »fehlenden« 20 000 handelte es sich in vielen Fällen um Frauen, die sich nicht mehr in den Arbeitsprozeß eingliedern ließen, oder um Jugendliche, die zur NVA gingen.

93 SED-KL Berlin-Mitte, Arbeit mit den ehemaligen Grenzgängern, 11. 9. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 4/04/238.

94 FDGB-BuVo (Abt. Org.), 3. Information, 28. 9. 1961, SAPMO-BArch, DY 34/22677.

95 Die Auswirkungen des 13. August 1961 in der Wirtschaft der Hauptstadt der DDR, o.D. [1962?], LAB (STA), Rep. 124/Nr. 212.

dige Befriedung der Betriebe aber blieb ein unerfüllter Wunschtraum der SED-Führung. So gab es etwa Anzeichen passiven Widerstands: 1961 wurden 132 Sabotagefälle in DDR-Betrieben registriert. Diese Zahl lag deutlich höher als in den Jahren zuvor oder danach. Auch Krankfeiern blieb ein Dauerproblem. Streiks – die es im Sozialismus nach der Theorie eigentlich gar nicht geben konnte – waren nach dem Mauerbau sogar etwas häufiger als zuvor: 1962 verzeichneten die Statistiker 144 Arbeitsniederlegungen in Betrieben der DDR – neun mehr als 1961.⁹⁶

Auch auf dem Lande startete das SED-Regime im Hochgefühl seiner durch den Mauerbau gestärkten Macht und gestützt auf neue Repressionsmöglichkeiten Kampagnen zur »Hebung« der Arbeitsmoral. Die Verordnung zur Lenkung der Arbeitskräfte vom 24. August 1961 sollte auch der »Entlarvung aller labilen Elemente, Bummelanten und Spekulanten« dienen; neu eingerichtete Arbeitserziehungslager machten deren »zwangsweise Einbeziehung in den Produktionsprozeß« möglich.⁹⁷ In den Dörfern des Landes scheint dies vielfach zu scharfem Druck auf soziale Außenseiter geführt zu haben. In der LPG Preddoehl in Brandenburg z.B. wurde der ehemalige Melker M., »bekannt durch Trunkenheit, schlechte Arbeitsmoral und einen Versuch, am 10. 8. 1961 illegal die Republik zu verlassen«, zur Zielscheibe des Volkszorns, wobei sich nicht entscheiden läßt, ob diese Empörung »von oben« gelenkt und inszeniert oder spontan und »echt« war. Er wurde eine Woche nach dem Mauerbau einer Versammlung von 100 Melkern des Kreises vorgeführt: »Die anwesenden Melker verlangten die sofortige Einweisung des Melkers M. in ein Arbeitslager«, was auch sogleich erfolgte.⁹⁸ Wie Falco Werkentin kürzlich gezeigt hat, war das Arbeitslager eine sozialpolitische »Innovation«, die nur im Schatten der Mauer eingeführt werden konnte.⁹⁹ Die Zahl der bis Ende 1961 erfolgten Internierungen in solchen Lagern mag mit 767 nicht allzu bedeutsam erscheinen. Allerdings wurde jedes dieser Verfahren im Interesse einer abschreckenden Wirkung öffentlich als Miniatur-Schauprozess inszeniert. Hinzu kamen 6 041 Verhaftungen wegen »Hetze« oder »Staatsverleumdung« allein in den ersten drei Wochen nach der Schließung der Grenze. Diese Repressionswelle ist durchaus vergleichbar mit der Unterdrückung jeder Form von Opposition nach dem 17. Juni 1953.¹⁰⁰

Die Grenzschießung half auch bei der Festigung der LPGs, die vielfach durch Austritte und den anhaltenden Widerstand vieler Bauern gegen die Zwangskollektivierung gefährdet waren. Das Ministerium für Landwirtschaft meldete vorsichtig: »Zusammenfassend kann die gegenwärtige Lage so eingeschätzt werden, daß durch die Maßnahmen vom 13. 8. 1961 auch eine gewisse Stabilisierung der Lage im Dorf erreicht worden ist, daß die Lage in den einzelnen Dörfern jedoch außerordentlich differenziert und unterschiedlich ist«. Fast alle zuvor erklärten LPG-Austritte seien bis Ende August zurückgenommen worden. Der Mauerbau hatte aber insofern noch keine hundertprozentige

96 FDGB-BuVo, Analyse über Arbeitskonflikte, die zu Arbeitsniederlegungen führten, und über klassenfeindliche Tätigkeit im Jahre 1961, 1. 2. 1962; FDGB-BuVo, Entwicklung der Arbeitsniederlegungen im Jahre 1962, o.D., beide in: SAPMO-BArch, IV 2/6.11/66, Bl. 27–36 und 257–269.

97 BDVP Potsdam (Abt. K), Zur Lage in der Landwirtschaft, 29. 8. 1961, BLHA, Bez. Pdm. Rep. 530, IV 2/5/1023, Bl. 185–194. Laut den Richtlinien des Justizministeriums sollte die VO diese Personen verpflichten, »eine bestimmte Arbeit aufzunehmen«. Ministerium für Justiz, Anleitung Nr. 2/61 zur Verordnung über Aufenthaltsbeschränkung vom 24. 8. 1961, o.D., SAPMO-BArch/ZPA, DY 30/IV 2/13/423.

98 RdK Pritzwalk an RdB Potsdam, 30. 8. 1961, BLHA, Bez. Pdm. Rep. 401/3796, Bl. 82.

99 Falco Werkentin, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1995, S. 406–408.

100 HVDVP (Operativstab), Operativer Bericht in Erfüllung der Beschlüsse des Ministerrates der DDR (4 Uhr), 4. 9. 1961, BAB, DO-1/11/1130, Bl. 209. Bis Ende Juni 1953 wurde 6 171 DDR-Bürger festgenommen. Diedrich, S. 300.

Wandlung der Situation bewirkt, als viele Landbewohner nach wie vor nicht von der Dauer des SED-Regimes und der von ihm durchgesetzten gesellschaftlichen Neuerungen überzeugt waren: »Es besteht nach wie vor die Auffassung, daß es in der DDR ›anders kommen‹ und die DDR entweder auf den Druck der Kriegstreiber hin auf die sozialistischen Errungenschaften auf dem Lande verzichten oder in das kapitalistische Deutschland ›eingegliedert‹ wird und damit die Einzelbauernwirtschaft wieder die Perspektive hat.«¹⁰¹

Der Zusammenhang zwischen dem Mauerbau und einer neuen, harten innenpolitischen Linie zeigt sich auch bei der Wehrpflicht und der Politik der offiziellen Jugendorganisation, der Freien Deutschen Jugend (FDJ). Seit Aufstellung der Nationalen Volksarmee (NVA) im Jahr 1956 hatte die SED ausschließlich auf die freiwillige Meldung von jungen Männern gesetzt; eine allgemeine Wehrpflicht existierte – anders als in der Bundesrepublik – nicht. Die dadurch erzwungene Rekrutenwerbung war jedoch überaus aufwendig, denn nur sehr wenige Männer im richtigen Alter zeigten, wie intern berichtet wurde, spontane Begeisterung für das Militär: »Mit dem Ziel der Erfüllung des gestellten Solls vor Augen werden oft durch die Werbekommissionen die Aussprachen so oft und so lange durchgeführt, bis der Jugendliche ›weich‹ wird und ›freiwillig‹ zur Armee geht.«¹⁰² Bei vielen jungen Männern aber erreichten die Anwerber das genaue Gegenteil des Gewünschten: Der hohe Anteil ihrer »Zielgruppe« unter den DDR-Flüchtlingen beweist, wie unbeliebt diese Kampagnen und der Dienst in der Volksarmee waren; zugleich belegen diese Zahlen einmal mehr das grundsätzliche Dilemma des SED-Regimes, eine unbeliebte Politik bei offener Grenze betreiben zu müssen. Für die Volksarmee ergab sich daraus ein dramatischer Personalmangel: Im Bezirk Halle z.B. lag der Rekrutierungsstand im Februar 1961 57 Prozent unter dem Soll.¹⁰³ In den ersten Tagen nach dem Mauerbau versuchte die SED, die Fiktion des »freiwilligen« Wehrdienstes aufrecht zu erhalten. Die Freie Deutsche Jugend (FDJ) veröffentlichte am 16. August 1961 einen Aufruf an die Jugend unter dem dramatischen Titel: »Das Vaterland ruft! Schützt die sozialistische Republik!«, der eindringlich für den Dienst an der Waffe warb.¹⁰⁴ Daneben fühlte sich die FDJ auch selbst zur Aktion im Kampf gegen politische Gegner aufgerufen. Ordnungsgruppen der Jugendorganisation sollten die Mitglieder oppositioneller Diskussionsgruppen und »Westagenten« ausschalten: »Mit Provokateuren wird nicht diskutiert. Sie werden erst verdroschen und dann den staatlichen Organen übergeben.«¹⁰⁵ Dieser aggressive und selbstgewisse Ton hatte aber wenig mit der tatsächlichen Stimmung bei den meisten jungen Menschen in der DDR zu tun. Der Appell an nationale Empfindungen erwies sich bei der Werbung von NVA-Rekruten als weitgehend wirkungslos. Auf Jugendforen verzeichnete die FDJ immer wieder nüchterne Einstellungen der jungen Männer und auch grundsätzlich ablehnende Argumente wie: »Ich gehe nur dann zur Armee, wenn die Wehrpflicht eingeführt wird – Ich gehe zur Volksarmee, wenn die Lage sich zuspitzt und die Nato-Staaten die DDR überfallen – Wir nehmen keine Waffe in die Hand – Ich kann nicht auf Verwandte in Westdeutschland schießen – Wir beweisen doch durch unsere gute Arbeit, daß wir fest zur Republik ste-

101 Ministerium für Landwirtschaft, Einschätzung der Entwicklung der LPG nach dem 13. 8. 1961, 2. 9. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/7/376, Bl. 49–62.

102 FDJ-ZR (Abt. Militärfragen u. Agit-Prop), Diskussionsgrundlage über Maßnahmen zur Verbesserung der patriotischen Erziehung der Jugend und zur Werbung für die NVA, 31. 5. 1961, SAPMO-BArch, DY 24/3.725.

103 NVA-Bezirkskommando Halle, Kurze Einschätzung der Lage für die SED-Bezirksleitung, 24. 2. 1961, LAM, BPA SED Halle, IV/2/4/991, Bl. 25–28.

104 Vgl. *Ulrich Mähler/Gerd-Rüdiger Stephan*, *Blaue Hemden – Rote Fahnen. Die Geschichte der Freien Deutschen Jugend*, Opladen 1996, S. 140.

105 FDJ-ZR an FDJ-BLs, 13. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 24/3.934.

hen.«¹⁰⁶ Schließlich mußte zur Sicherung des Personalbestandes der Armee am 20. September 1961 ein Verteidigungsgesetz erlassen werden, das bereits im Januar 1962 durch Bestimmungen zur Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ergänzt wurde. Ähnlich wie im Fall der Arbeitslager war auch diese Neuerung nur durch den Bau der Mauer möglich geworden. Wie ein Jugendlicher bei einem Fahnenappell klagte: »Jetzt sind von euch die Grenzen dichtgemacht, ihr könnt mit uns machen, was ihr wollt.«¹⁰⁷

Generell erwiesen sich die Jugendlichen Ost-Berlins und der DDR in den ersten Wochen nach der Grenzschießung in der Sicht der SED und der Behörden als die problematischste Bevölkerungsgruppe. Politische Gründe spielten dabei wohl eine eher untergeordnete Rolle; vielfach ging es eher um die Veränderungen des Freizeitlebens, die der Mauerbau mit sich brachte: Als regelmäßigen Besuchern West-Berlins und der dortigen Unterhaltungsmöglichkeiten und Geschäfte erschien das Leben in der DDR zahlreichen Jugendlichen als trostlos und grau. Bereits am 13. August sammelten sich Gruppen von jungen Leuten vor den geschlossenen Grenzübergängen in Berlin oder an der »Brücke der Einheit« in Potsdam. Im Mitropa-Restaurant in Köpenick riefen »Jugendliche mit Lederjacken« (für die SED und die FDJ der Inbegriff des politisch unzuverlässigen und moralisch suspekten Lumpenproletariats): »Das stinkt mir hier an. Ins Kino können wir och nich, is det langweilig.«¹⁰⁸ In einer Jugendbrigade im Köpenicker Transformatorwerks TRO zeigte sich unmittelbar nach dem Mauerbau »eine Reihe von Schwankungen und Unklarheiten«. Die Aussprachen linientreuer Gewerkschafter mit den jungen Kollegen zogen sich über Tage hin: »Als wir konkret über ihr Verhalten nach dem 13. 8., über ihre West-Berlin-Besuche, Kino, West-Berlineinkäufe usw. zu sprechen kamen, war ein groß[er] Teil dieser Kollegen verstockt und brachte nicht ihre wahre Meinung zum Ausdruck, bis wir dann jeden persönlich ansprachen. Dann kamen solche Argumente wie: ›Hier ist nichts los wie in West-Berlin‹, ›wir können uns hier nicht das kaufen, was wir möchten‹, ›wir möchten, daß ganz Berlin Freie Stadt wird‹.«¹⁰⁹ Die Tatsache, daß dieser Unwille erst mühsam aus den Jugendlichen herausgefragt werden mußte, charakterisiert ihn aber letztlich als für das SED-Regime ungefährlichen Dissens, obwohl die Forderung nach Eingliederung Ost-Berlins in die »Freie Stadt« der offiziellen Regierungsposition widersprach. Die Integration dieser Jugendlichen in das hinter der Mauer bestehende politische und gesellschaftliche System dürfte von ihrem Ärger über das reduzierte Freizeitangebot der abgeschotteten DDR wohl kaum ernsthaft gefährdet worden sein. Es war lediglich die ideologisch gefärbte Wahrnehmung der SED- und FDJ-Führung, die dem enttäuschten Interesse der Jugendlichen an den Produkten der westlichen Warenwelt und den Angeboten der kapitalistischen Freizeitindustrie eine politische Dimension zuschrieb und darin ein Indiz für gesellschaftliche Separierung sah.

Neben den Jugendlichen betrachtete die SED auch die Haltung der »Intelligenz« zum Mauerbau mit besonderer Aufmerksamkeit. Wie Hermann Matern resümierte, war hier die Meinung zu finden, mit der Absperrung der Grenze seien im Verhältnis von Partei und geistiger Elite die Kräfte neu verteilt: »Unter der Intelligenz ist die Auffassung verbreitet, nun käme ein ›neuer Kurs‹, ein härterer Kurs gegen sie, da nun keine Möglichkeiten mehr bestünden, bei Schwierigkeiten die DDR zu verlassen, bzw. durch

106 FDJ-ZR (Abt. Org-Instruk.), Meinungen und Argumente von Jugendlichen zum Eintritt in die bewaffneten Kräfte, 20. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 24/3.725.

107 SED-BL Potsdam (Abt. Org-Kader), Zur Durchführung des Kampfauftrages des Zentralrates der FDJ, o.D. [Aug. 1961], BLHA, Bez. Pdm. Rep. 530, IV 2/5/1024, Bl. 202–206.

108 SED-BL Berlin (Abt. Org-Kader), Information zu den Schutzmaßnahmen (20 Uhr 15), 13. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/3/633.

109 FDGB-BuVo (Sek. Jugend u. Sport), Zur Situation in der Jugendbrigade »Karl Liebknecht« in der Wickelei im TRO »Karl Liebknecht«, 2. 10. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/6.11/54, Bl. 63–65.

Androhung der Republikflucht Wünsche und Forderungen durchzusetzen.«¹¹⁰ Dies galt angeblich insbesondere für die Wissenschaftler der Buna- und Leuna-Werke, der Bitterfelder Chemiebetriebe wie der Universität Halle; aber auch bei anderen hochqualifizierten Kräften registrierte die Partei Enttäuschung und Furcht. In der Charité in Berlin, dem renommiertesten Krankenhaus der DDR und zugleich die Klinik mit der stärksten Personalabwanderung durch »Republikflucht« in den Jahren vor dem Mauerbau, war die Stimmung unter den Ärzten nach dem 13. August 1961 sehr gedämpft: »In den ersten beiden Tagen nach den Maßnahmen war die überwiegende Mehrheit der Ärzte außerordentlich betreten. Sie zogen sich schmollend zurück und ignorierten offen unsere Genossen.«¹¹¹ Immer wieder beschwerten sich Wissenschaftler, ohne die Möglichkeit zum Besuch von Kongressen und ohne den Zugang zu westlichen Fachzeitschriften könnten sie ihre Forschungen unmöglich weiter betreiben. Wie bekannt reagierte die DDR-Führung auf diese Forderungen mit begrenzten Zugeständnissen: Einer streng selektierten Gruppe von besonders linientreuen Fachleuten, den sogenannten »Reisekadern«, war und blieb die Teilnahme am westlichen Wissenschaftsleben auch nach dem Mauerbau möglich; Fachpublikationen aus der Welt jenseits des »Eisernen Vorhangs« konnten bei strikter Kontrolle von einem weiteren Kreis von Fachwissenschaftlern eingesehen werden. Insgesamt läßt sich nicht sagen, daß die SED nach dem Mauerbau eine repressivere Intelligenzpolitik verfolgt hat. Dies gilt sowohl kurz- als auch langfristig. Wie vor 1961 so wechselten auch danach noch Phasen einer größeren Offenheit und Abschnitte stärkerer Gängelung einander ab, wobei sich die jeweiligen Richtungswechsel sehr stark aus der allgemeinen außen- und innenpolitischen Lage wie auch aus der ökonomischen Situation ableiten lassen. Immer wieder aber betonte die SED ihr grundsätzliches Vertrauen in die Intelligenz, wie Kurt Hager, zuständig für Wissenschafts- und Hochschulpolitik beim Politbüro, dies etwa in einer Ansprache zwei Monate nach dem Mauerbau tat: »Sektiererisches Verhalten, linke Übertreibungen und Überspitzungen gegenüber der Intelligenz sind heute ebenso falsch und schädlich wie sie früher falsch waren und müssen daher entschieden zurückgewiesen werden.« Gleichzeitig forderte Hager die Intelligenz auf, »einen festen Standpunkt für die Arbeiter-und-Bauern-Macht einzunehmen«, was »bei manchen zu einer moralischen Umwertung in ihrer Stellung zum Staat und zur Gesellschaft führen« müsse.¹¹² Diese Forderung der SED an die intellektuelle Elite war allerdings nichts Neues; die Partei hatte sie schon in den 1950er Jahren mit zunehmender Dringlichkeit erhoben. Insofern bedeutete der Mauerbau – anders als von vielen Intellektuellen befürchtet – keinen Wendepunkt im Verhältnis zwischen »Geist und Macht« in der DDR. Zwar unternahm die Partei unmittelbar nach der Grenzschießung zumindest in einer Hinsicht einen Versuch, das geistige Klima im Lande radikal zu verändern: Sie versuchte, den Bürgern den Zugang zu westlichen Massenmedien abzuschneiden. Dieses Vorhaben, das die intellektuelle Freiheit der Ostdeutschen enorm beschnitten hätte, ließ sich wegen des starken Unwillens, das es erregte, letztlich aber nicht durchführen.

Mit der von ihr initiierten »Aktion Ochsenkopf« wollte die SED Radio- und Fernsehempfänger zwingen, ihre »Westantennen« abzumontieren, um für die Zukunft ein »ideologisches Grenzgängertum« zu verhindern.¹¹³ Das geschah durch eine Kombination von

110 Ohne Titel, o.D. [Aug. 1961], BA-MZAP, VA-01/39577, Bl. 157–164.

111 SED-BL Berlin (Abt. Agit-Prop), Die Lage an der Medizinischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität einschl. der Lage an der Berliner Charité, 17. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/12/1278.

112 Rede vom 1. 10. 1961. Der Text ist abgedr. in: *Richter*, S. 145–155.

113 Vgl. *Jochen Staadt*, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation, Berlin 1993, S. 52–66.

öffentlicher Bloßstellung und propagandistischer Beeinflußung; vielfach überwog allerdings das gewalttätige Element. In Stalinstadt z.B. – dem späteren Eisenhüttenstadt – wurden Ordnungsgruppen der FDJ eingesetzt, »die in Sprechchören bekannte Hörer von NATO-Sendungen namentlich ansprachen und an ihre Türen entsprechende Plakate klebten«. ¹¹⁴ In Extremfällen wurden Antennen auch einfach nachts abgesägt. Die Empörung über diese Kampagne zur geistigen Gleichschaltung erfaßte nahezu alle Schichten und Gruppierungen in der damaligen DDR-Gesellschaft. Parteigenossen wehrten sich oft genauso heftig wie Nichtgenossen; Arbeiter protestierten ebenso wie Intellektuelle: »Fast in allen Argumentationen gegen die Blitzaktion tritt ein Argument zu Tage: Diese Aktion ist ein Eingriff in die persönliche Freiheit.« ¹¹⁵ Ein Schauspieler aus Gera machte Anspielungen auf eine nicht allzuferne Vergangenheit und brachte damit wohl eine weitverbreitete Ansicht zum Ausdruck, als er erklärte: »Ich verwahre mich energisch gegen die FDJler, die mir heimlich in dunkler Nacht zwei Mal die Westantenne heruntergerissen haben und mir vier Mal etwas an die Tür schmierten. Das sind Methoden aus der Nazizeit.« ¹¹⁶ Im Interesse der Pazifizierung der ohnehin schon sehr angespannten innenpolitischen Situation verzichtete die SED schließlich auf diese Versuche zur rigorosen Abschottung ihres Herrschaftsbereichs gegenüber dem Einfluß »des Westens«. Da die bundesrepublikanischen Medien stets im Lande präsent blieben und von den Bürgerinnen und Bürgern der DDR auch intensiv genutzt wurden, blieb die Grenze zum demokratischen Nachbarstaat auch nach dem Mauerbau zumindest in intellektueller Hinsicht durchlässig.

Der 13. August 1961 hat sich auch deshalb so tief in das kollektive historische Gedächtnis eingegraben, weil die Grenzschießung nicht nur einen Wendepunkt der internationalen Politik, sondern auch tiefgreifende Veränderungen im Privatleben vieler Deutscher verursachte. Dies galt insbesondere in Berlin: Die Teilung der Stadt zerriß Familien und Freundeskreise und brachte deshalb für viele Berliner schmerzhaft persönliche Verluste mit sich. Die Begründungen von Ost-Berlinern, die trotz der Grenzschießung noch nach West-Berlin zu kommen versuchten, belegen die Intensität der Verbindungen zwischen den beiden Teilen der Stadt: »Krankenbesuche, Familienfeiern, Friedhofsbesuche und Aufsuchen von Grundstücken, um Obst zu [p]flücken, Karnickel zu füttern usw.« Da die DDR-Führung zunächst auch die Telefon- und Postverbindungen zwischen Ost- und West-Berlin unterbrach, waren Familienangehörige in vielen Fällen vollständig voneinander abgeschnitten. Verständlicherweise führte dies zu emotional erregten Reaktionen. Ein verzweifelter junger Mann z.B. klagte: »Ich habe vor zwei Monaten eine Frau aus Ost-Berlin geheiratet und bin hier hergezogen. Heute kann [ich] nicht mal ihre Eltern von der Geburt des Kindes benachrichtigen.« ¹¹⁷ Solche Schicksale erregten auch bei persönlich nicht betroffenen Ost-Berlinern Sympathie und Empörung über die Grenzsperrung – zumal als am 23. August deutlich wurde, daß die SED entschlossen war, den West-Berlinern – anders als den übrigen Bürgern der Bundesrepublik – auf Dauer jede Möglichkeit zum Besuch der »Hauptstadt der DDR« zu verweigern, um ihren Thesen vom »besonderen politischen Charakter« der Teilstadt Nachdruck zu verleihen. In einem Stimmungsbericht von diesem Tag heißt es: »Hauptgegenstand der Diskussion ist, daß nunmehr die Familien ganz auseinandergerissen sind. Stär-

114 FDR-ZR (Abt. Org-Instruk. u. Agit-Prop), Pressematerial, Sept. 1961, SAPMO-BArch, DY 24/3.935.

115 FDR-ZR (Abt. Org-Instruk. u. Agit-Prop), Zusammenstellung der Argumente der Aktion »Blitz kontra NATO-Sender«, 8. 9. 1961, SAPMO-BArch, DY 24/3.935.

116 SED-ZK (Abt. Agitation), o.D., SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/9.02/6, Bl. 55–60.

117 SED-BL Berlin (Abt. Org-Kader), Information zu den Schutzmaßnahmen (10 Uhr), 13. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/12/1278.

ker kommt in der Diskussion hervor, daß wir die endgültige Spaltung vollzogen haben. In einem telefonisch übermittelten Bericht der Kreisleitung Treptow wird aus dem dortigen Elektro-Apparate-Werk mitgeteilt, daß die Stimmung gereizter ist als in den vergangenen Tagen, und daß wiederholt beobachtet wurde, daß die Diskussionen von Grenzgängern angefangen werden und von einem breiten Teil der Kollegen Zustimmung erhalten.«¹¹⁸

Die SED reagierte auf solches Mitleid mit den betroffenen Familien mit kompromißloser politischer Didaktik: »[Es geht] in erster Linie nicht darum, ob Onkel Max Tante Trude besuchen kann oder nicht, sondern darum, wie wir den Frieden sichern, weil das nämlich die Voraussetzung dafür ist, daß Onkel Max und Tante Trude lebendig und auf blühender Erde zueinander kommen können, statt sich im atomaren Massengrab wiederzufinden.«¹¹⁹ Da »Onkel Max und Tante Trude« aber bis auf unabsehbare Zeit überhaupt daran gehindert wurden, zueinander zu kommen, verpuffte diese Rhetorik ohne Wirkung. Die SED notierte intern: »Mit der Einführung weiterer Sicherungsmaßnahmen am 23. 8. 61 [gemeint ist der Ausbau der Grenzsperrren durch Aushebung von Panzergräben und durch die Errichtung der ersten »richtigen« Mauer – P.M.] wird sichtbar, daß bei einem Teil unserer Menschen die Sicherungsmaßnahmen unserer Regierung nicht als Teil des Kampfes gegen den Militarismus und um die Sicherung des Friedens betrachtet wird.«¹²⁰

Die Wirkungslosigkeit der offiziellen Propaganda zur Rechtfertigung des Mauerbaus erklärt sich auch daraus, daß die DDR-Führung mit dieser Gewaltmaßnahme nach Ansicht vieler Ostdeutscher die bislang von ihr verfolgte Deutschlandpolitik verriet. Sowohl vor als auch nach Gründung der DDR hatte sich die SED in ihren Verlautbarungen zur »deutschen Frage« stets zur Vorkämpferin der Einheit der Nation stilisiert und die Schuld an der Teilung immer wieder »den Spaltern« in der Bundesrepublik und in den USA angelastet. Diese Propagandakampagne war in Ostdeutschland offenbar auf sehr fruchtbaren Boden gefallen – jedenfalls erwies sie sich im August 1961 für die SED als Bumerang. Einer der von den Sicherheitsbehörden am häufigsten notierten Einwände gegen die Grenzsperrung war das Argument, damit verabschiede sich die SED vom Ziel der deutschen Einheit; sie vertiefe die Spaltung. Grenzposten wurden als nationale Verräter beschimpft. Auch in den Betrieben zeigten sich, so meldete der FDGB, »starke Überreste von Nationalismus und Chauvinismus bei Teilen der Arbeiter und den Werktätigen«.¹²¹ Zugleich fürchteten viele Ostdeutsche, »der Westen« werde auf die einseitige Änderung des politischen Status quo mit militärischen Mitteln reagieren. Vor dieser Furcht versagten alle Beteuerungen der SED, der »antifaschistische Schutzwall« diene der Sicherung des Friedens; die von der Partei zur Begründung der Grenzsperrung selbst nach Kräften geschürte Kriegsfurcht drohte auf sie selbst zurückzufallen, da sie – und nicht die Westalliierten oder die Bundesrepublik – in den Augen vieler Ostdeutscher für die Krise verantwortlich war. Immer wieder wurde gemeldet, in der DDR verbreite sich eine Kriegspsychose. In Berlin wurde die Möglichkeit eines Krieges »besonders in Frau-

118 SED-BL Berlin (Abt. Org-Kader), Information zu den Schutzmaßnahmen (14 Uhr 30), 23. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/12/1278.

119 Rededispotion für SED-Kreisaktivtagungen am 13. 8. 1961, abgedr. in: Hartmut Mehls (Hrsg.), Im Schatten der Mauer. Dokumente, Berlin 1990, S. 36 f. Das Problem der unterbrochenen Kontakte zwischen West- und Ost-Berlin wurde erst im Dezember 1963 mit dem 1. Passierscheinabkommen abgemildert, das West-Berlinern wieder den Besuch im Ostteil der Stadt möglich machte.

120 SED-BL Berlin (Abt. Org-Kader), Berichterstattung der Operativgruppe, 23. 8. 1961, LAB, BPA SED Berlin, IV 2/12/1278.

121 FDGB-BuVo (Abt. Org.), Erste zusammenfassende Information über die Situation und Lage zur Durchsetzung des Beschlusses des Ministerrates am 13. August 1961, 19. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 34/22677.

enbetrieben sehr besorgt diskutiert«; die Reaktionen der Arbeiterinnen gingen dabei »oft bis zu Tränenausbrüchen.«¹²² Ähnlich wie 1914 und 1939 setzte eine Welle von Hamsterkäufen ein: Grundnahrungsmittel wie Mehl, Zucker und Teigwaren verschwanden aus den Regalen; aber auch Wertsachen wie Armbanduhr und Schmuck, Fotoapparate und sogar Möbel wurden als Investition für eine unsichere Zukunft überstürzt gekauft.¹²³ Die ohnehin schon bestehende, hausgemachte Versorgungskrise bei Lebensmitteln und wichtigen Konsumartikeln verschärfte sich daher noch zusätzlich. Erst als auch den »einfachen« DDR-Bürgern klar wurde, daß die Westalliierten und die Bundesrepublik lediglich mit verbalen Protesten auf den Mauerbau reagierten (Erich Honecker hatte dies bereits vier Tage nach dem 13. August befriedigt festgestellt)¹²⁴, beruhigte sich die Stimmung wieder.

Überhaupt wurde die Mauer für die Ost-Berliner und die Einwohner der DDR rasch zum Alltag; mit dem Ende der politischen Dauerkrise um Berlin drängte das Problem der Nahrungsmittelknappheit die »große Politik« in der Wahrnehmung der meisten Ostdeutschen wieder sehr rasch in den Hintergrund. Da die SED auch diese Krise erfolgreich überstand, konnte sie sich nach dem Mauerbau scheinbar mit Fug und Recht als Siegerin auf ganzer Linie sehen. Allerdings sollte man dabei nicht übersehen, daß die Reaktionen der DDR-Bevölkerung auf die Grenzschießung der Partei doch unübersehbar auch die Grenzen ihrer Macht deutlich gemacht hatten: Gestützt auf den eigenen Repressionsapparat und das Waffenarsenal der im Lande stationierten sowjetischen Truppen konnte sie es zwar wagen, selbst eine so intensiv in das Leben vieler Bürgerinnen und Bürger eingreifende Gewaltmaßnahme wie den Bau der Mauer durchzusetzen; wie die zahlreichen Stimmungsberichte zeigen, gelang es ihr aber trotz erheblicher propagandistischer Bemühungen zu keinem Zeitpunkt, die Herrschaft über die Gedanken und Emotionen der Menschen zu gewinnen. Wie der rasch abgebrochene Versuch, den Empfang von Westmedien zu verhindern, zeigt, kalkulierte die Parteiführung in diesem Bereich relativ nüchtern die Kosten und Risiken einer rigiden politischen Linie; dabei war sie auch zu Kompromissen und zum Zurückstecken bereit, wenn dies die innenpolitische Lage zu stabilisieren versprach. Insofern präfigurierte die Situation kurz nach dem Mauerbau bereits das Verhältnis zwischen Staats- und Parteiführung und der großen Masse der Bevölkerung in der gesamten weiteren Geschichte der DDR.

V. SCHLUSSBEMERKUNGEN

Abschließend möchte ich noch einige Bemerkungen zu den längerfristigen Auswirkungen des Mauerbaus zur Diskussion stellen. Glaubt man Walter Ulbricht, so stellte die Grenzabriegelung eine entscheidende Zäsur in der Entwicklung der DDR dar. In einem Brief an Nikita Chruschtschow wenige Wochen nach der Schließung der Grenze schrieb er:

»Die Autorität der Staatsmacht der Deutschen Demokratischen Republik stieg im Bewusstsein der Menschen bedeutend. Nicht nur breite Kreise der Industriearbeiter, sondern aber auch der Genossenschaftsbauern arbeiteten besser als vorher. Im Grund genommen ging die grosse Diskussion in schwankenden Schichten, insbesondere in Teilen der Intelligenz, um die Perspektive. Viele Leute sprachen darüber, dass sie mit ihrem Onkel und ihrer Tante nun nicht mehr regelmässig verkehren können, aber in Wirklichkeit meinten sie, dass nun die Westorientierung zerschlagen ist und es keinen anderen Weg mehr gibt, als sich auf die Arbeiter-und-Bauern-Macht der DDR und auf das soziali-

122 FDGB-BV Groß-Berlin (Sek.), Information, 14. 8. 1961, SAPMO-BArch, DY 34/22232.

123 BMG Berlin an Foreign Office, 20. 11. 1961, PRO, FO 371/160504/CG1018/56.

124 E. Honecker, Schlußfolgerungen, o.D. [Notizen für die Sitzung des Zentralstabs vom 17. 8. 1961], BA-MZAP, VA-01/39577, Bl. 132–135.

stische Lager zu orientieren. Jene Bürger der Republik, die auf eine Wiedervereinigung Deutschlands durch einen unerklärlichen Kompromiss zwischen den vier Mächten oder überhaupt durch irgendwelche ›Konzessionen von beiden Seiten‹ gehofft hatten, waren jetzt gezwungen, die Fragen bis zu Ende zu denken [...].«¹²⁵

Dem SED-Politbüro lag im September 1961 eine mehrseitige Analyse der Veränderungen im Bewußtsein der verschiedenen Bevölkerungsschichten in der DDR vor, die ebenfalls betonte, die entscheidende Veränderung seit dem 13. August liege darin, daß die noch schwankenden Bürger gezwungen worden seien, ›Farbe zu bekennen‹.¹²⁶ Einiges in diesen Analysen war zu diesem frühen Zeitpunkt bestimmt vorauseilendes Wunschdenken der SED, aber mittelfristig hat die Berliner Mauer wohl tatsächlich die ihr hier zugeschriebene Wirkung gehabt. Oral History-Interviews liefern jedenfalls einige Beweise, daß viele skeptische oder dissidente DDR-Einwohner sich nach dem 13. August 1961 mit dem Status quo arrangierten, weil sie ihre Hoffnungen aufgeben mußten, der »Arbeiter-und-Bauern-Staat« werde von allein zugrunde gehen.¹²⁷ Wie auch nichtkommunistische Beobachter notierten, ließ der Anpassungsprozeß nicht lange auf sich warten. Ein in letzter Minute vor der Grenzschießung geflüchteter Arzt erklärte den Briten: »Since resistance would be futile the population [...] must now make the best of the situation. He compared it with the period 1933–34 in Germany when people realised that the National Socialist Party had come to stay and they then jumped on the party bandwagon. We do not want to subscribe to too close a comparison with the Nazi era, but as hope ebbs people may well react in a similar way.«¹²⁸

Für den Historiker sind jedoch auch die Kontinuitäten wichtig, die über den Wendepunkt »13. August 1961« hinausreichen. Selbstverständlich war die Schließung der Berliner Sektorengrenze eines der sensationellsten Ereignisse der Nachkriegsgeschichte. Gleichzeitig muß man aber erkennen, daß damit keineswegs ›über Nacht‹ eine totale Umwälzung der Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in der DDR einherging. Wenn man die Entwicklung der DDR insgesamt betrachtet, hat eine solche Veränderung im Sinne der SED-Führung vielleicht niemals stattgefunden. Wie bereits im »Dritten Reich«, so blieben auch in der DDR unsichtbare Grenzen zwischen Staatsapparat und Gesellschaft erhalten. Eine vollständige Formierung der DDR-Gesellschaft gemäß den Vorstellungen und Wünschen der SED blieb aus. Gesellschaftliche Gruppen behielten die Möglichkeit, ihre Interessen zu verteidigen. Oben habe ich bereits auf den vergeblichen Kampf um eine höhere Arbeitsproduktivität in den Betrieben hingewiesen. Wie Jeffrey Kopstein gezeigt hat, läßt sich das auch für die nachfolgende Reformphase des »Neuen Ökonomischen Systems« sagen.¹²⁹ Die großen Hoffnungen der Parteiführung, nach der Grenzschießung mit gesichertem Arbeitspotential eine rationellere Wirtschaftsweise aufbauen zu können, waren und blieben angesichts des für die DDR-Gesellschaft konstitutiven sozialen ›Nichtangriffspakts‹ zwischen den Arbeitern und den staatswirtschaftlichen Planungsinstanzen überzogen. Die von der SED gewünschte politische Zustimmung der Bevölkerung zur Absperrung der Grenze, die sie mit großem propagandistischem Aufwand immer wieder erneut zu erreichen versuchte, ist mit Sicherheit nie entstanden. Sechs Jahre nach dem Mauerbau konnte die Partei zwar in Ost-

125 Ulbricht an Chruschtschow, 15. 9. 1961, SAPMO-BArch, DY 30/J IV 2/202/130.

126 SED-ZK (Abt. Parteiorgane), Information über den politisch-ideologischen Zustand der Arbeiterklasse und der einzelnen Bevölkerungsschichten vor und nach dem 13. 8. 1961 und über die Führungstätigkeit der Parteiorgane, 22. 9. 1961, SAPMO-BArch, IV 2/5/295, Bl. 235–257.

127 Vgl. Interview des Autors mit Herrn L. am 11. 9. 1996, damals Bauarbeiter in Berlin-Mitte; Interview mit Herrn L., 25.9.1996, damals Mitarbeiter der Evangelischen Kirche.

128 BMG Berlin (External Dept.) an Chancery, Bonn, 18. 9. 1961, PRO, FO 371/160503/CG1018/37.

129 Jeffrey Kopstein, *The Politics of Economic Decline in East Germany, 1945–1989*, Chapel Hill 1997.

Berlin registrieren, daß die »negativen Meinungen zum Schutzwall [...] merklich zurückgegangen« seien; sie mußte aber hinzufügen: »Das ist zu einem geringen Teil auf die Überzeugung von der Notwendigkeit, zum größeren Teil jedoch auf die Gewöhnung zurückzuführen.«¹³⁰ Auch die zahlreichen Eingaben von Ostdeutschen um Visa für Westreisen beweisen, daß sie das »Grenzregime« der SED nicht akzeptierten. Untersucht man die Eingaben der Bevölkerung an den DDR-Staatsrat, so zeigt sich, daß der hohe Prozentsatz der Beschwerden in Reiseangelegenheiten bis in die zweite Hälfte der 1960er Jahre anhielt: Mitte 1961 bezogen sich 33 Prozent der Eingaben auf die Verweigerung von Visa (das entsprach dem Anteil der Eingaben in Wohnungssachen – seit vielen Jahren *das* Alltagsärgernis der frühen DDR); trotz geschlossener Grenze ging dieser Anteil nur allmählich zurück. Im Juli 1962 waren es noch 23 Prozent, ein Jahr später sogar 26 Prozent, im Juli 1964 immer noch 22 Prozent, 1965 dann 17 Prozent. Erst 1970 sank diese Zahl unter die Zehn-Prozent-Marke.¹³¹

Allerdings läßt sich auch in diesen Eingaben der Prozeß des Arrangements mit der Wirklichkeit des SED-Staates erkennen. Wie die Volkspolizei 1962 bemerkte, hatte sich der Ton der an sie gerichteten Eingaben im Laufe der Zeit subtil verändert: »Im Gegensatz zu früher, wo der Inhalt der Eingaben sehr häufig provokatorischen Charakter trug und allerhand Drohungen enthalten waren, gibt es solche Erscheinungen überhaupt nicht mehr. Im Zusammenhang mit der sachlichen Darstellung sagen die Betreffenden zumeist, daß sie den Maßnahmen grundsätzlich zustimmen, aber für sich eine Ausnahme wollen. Diese Briefe haben zur Zeit häufig den Charakter von Bittschriften.«¹³² Wie sich hier zeigt, war die Beschränkung der Reisefreiheit in der DDR nicht nur ein Stein des Anstoßes und ein zentraler innenpolitischer Konfliktpunkt, sondern – dank der Möglichkeiten zur Gewährung der gewünschten »Ausnahmen« – auch ein manipulatives Mittel, das die SED nach ihrem Gutdünken einsetzen konnte. Dies gilt insbesondere im Rahmen der »Kaderpolitik« der Partei, die auch die Auswahl der oben bereits erwähnten »Reisekader« umfaßte, und zielte damit vor allem auf die gesellschaftliche Elite des Landes. Durch das Öffnen und Schließen der Westgrenze im individuellen Falle für die Männer und Frauen in Leitungspositionen konnte die SED deren Verhalten zumindest in gewisser Weise manipulieren und Wohlverhalten sowie eine funktionelle Loyalität gewinnen.¹³³

Wie die »eingemauerte« Bevölkerung sich dem Staat anpaßte, so mußte aber auch die Partei lernen, mit »ihrem« Volk zu leben; sie mußte einen »modus vivendi« mit der politisch und ideologisch vielfach dissidenten Bevölkerung finden. Da »Unruhestifter« und andere mißliebige Personen – anders als vor 1961 – zunächst einmal im Lande blieben, erhöhte sich das innenpolitische Konfliktpotential. Wie kein anderer als Erich Mielke Ende 1961 bemerkte, waren einer rigiden Repressionspolitik nach dem Mauerbau gewisse Grenzen gesetzt. Das MfS mußte nach seiner Ansicht nun differenzierter vorgehen: »Wir müssen dazu übergehen, durch neue Methoden in Zusammenarbeit mit der Partei und den gesellschaftlichen und staatlichen Einrichtungen die feindliche Tätigkeit zu unterbinden. Es ist nicht möglich, die gegenwärtig hohe Zahl von Festnahmen noch länger beizubehalten.«¹³⁴ Wie bekannt, entwickelte sich daraus ein Nebeneinander von scharfer Repression und partieller Duldung von Dissens, eine Gleichzeitigkeit von totalitärem Anspruch und »Durchherrschaft« der Gesellschaft einerseits und politik- und ideologiefreier Privatheit in den verschiedenen »Nischen« des DDR-Alltags anderer-

130 Entwurf einer Bewußtseinsanalyse, Jan. 1967, LAB, BPA SED Berlin, IV A 2/9.01/490.

131 Zusammengestellt aus: BAB, DA-5/5999.

132 Ohne Titel, o.D., BAB, DA-5/167, Bl. 130–139.

133 Vgl. in der Reihe »MfS-Handbuch« des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen den Band: Bernd Eisenfeld, Die Zentrale Koordinierungsgruppe Bekämpfung von Flucht und Übersiedlung, Berlin 1995.

134 Sitzung des MfS-Kollegiums, 13. 12. 1961, BStU-ZA, MfS-SdM 1558.

seits. Im Schatten der Mauer erlebte die DDR, wie Dorothee Wierling es formuliert hat, eine gewisse »Öffnung nach innen«.¹³⁵ Dies blieb allerdings immer eine provisorische Öffnung, die sofort beendet wurde, wenn die SED ihre Machtposition gefährdet sah (oder die sowjetische Führungsmacht die politische Lage in diesem Sinne interpretierte). Beispielhaft zeigte sich das in den Jahren nach dem Mauerbau im Bereich der Kulturpolitik: Die 1963 eingeleiteten zaghaften Liberalisierungstendenzen wurden nur zwei Jahre später mit dem sogenannten »Kahlschlag« abrupt beendet, hatten sie nach dem Urteil Ulbrichts doch zu »negativen Erscheinungen« gerade unter Jugendlichen geführt, die man ursprünglich durch die Liberalisierungspolitik gezielt für den Sozialismus hatte werben wollen.¹³⁶ Zudem sollte nicht vergessen werden, daß die SED-Führung den entscheidenden Effekt des Mauerbaus – die Einsperrung der DDR-Bevölkerung im Lande – in den Jahren zwischen 1961 und 1989 ja stets insofern selbst wieder aufhob, als sie mehr oder weniger kontinuierlich eine Vielzahl der Bürger in die Bundesrepublik entließ, die als politisch besonders renitent galten oder auch aus anderen Gründen massiv unerwünscht waren: Ohne diese partielle Wiederherstellung der Situation vor dem 13. August 1961, die es der SED-Führung möglich machte, immer wieder aufs neue innenpolitisches Konfliktpotential abzubauen, hätte die Entwicklung der DDR-Gesellschaft mit hoher Wahrscheinlichkeit einen anderen Verlauf genommen.¹³⁷ Insofern war der Mauerbau zwar einerseits eine unabdingbare Voraussetzung für die relative innere Stabilität des »Arbeiter- und Bauern-Staates« jenseits der Elbe seit den frühen 1960er Jahren; zum anderen aber ergab sich diese Beruhigung – und damit die Möglichkeit einer »Öffnung nach innen« – paradoxerweise gerade auch daraus, daß die Grenze doch offener blieb, als es den Anschein hatte.

Die oben zitierten Berichte beziehen sich im wesentlichen auf die Generation, die den Mauerbau persönlich erlebte. Nach 1961 wuchsen neue Generationen im Schatten der Mauer auf, die den traumatischen Trennungsprozeß nach dem 13. August d. J. allenfalls noch aus privaten Erzählungen kannten.¹³⁸ In Interviews mit jüngeren Ex-DDR-Bürgern spürt man eine gewisse Widerwilligkeit, wenn man die Frage der Grenze anspricht. Sie weigern sich, das »Grenzregime« der DDR zum alleinigen Maßstab bei der Beurteilung des untergegangenen Staates zu machen: Die DDR sei mehr gewesen, als ein Unrechtsstaat, der seine Bürger einsperrte. Diese Position ist sicher berechtigt. Die Mauer – hier verstanden als Symbol der verweigerten Reisefreiheit – bestimmte in den 28 Jahren ihrer Existenz keineswegs den gesamten DDR-Alltag, zumal sie ja gerade in den beiden letzten Jahrzehnten der DDR-Geschichte das Land auch für den »Normalbürger« nicht mehr vollständig abschottete. Mit den Erleichterungen im Reiseverkehr, die im Zuge der neuen Ostpolitik der sozialliberalen Koalition in den frühen 1970er Jahren ausgehandelt wurden, intensivierten sich die Kontakte zwischen Ost und West. Die Mauer wurde also schon vor 1989 löchrig. Allein die Wucht der Ausreisewelle nach der Öffnung des »Eisernen Vorhangs« in Ungarn im Mai 1989, die sogar die Abwanderung im Katastrophenjahr von 1953 übertraf, beweist jedoch die fortdauernde Bedeutung der Grenze – ob nun offen oder geschlossen – für die Geschichte der DDR.

135 Dorothee Wierling, Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur der sechziger Jahre, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Helmut Zwahr (Hrsg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 404–425, hier: S. 408.

136 Vgl. zur SED-Kulturpolitik in den 1960er Jahren jetzt vor allem Monika Kaiser, Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Funktionsmechanismen der SED-Diktatur in Konfliktsituationen 1962 bis 1972, Berlin 1997, S. 133–231.

137 Vgl. dazu Albert O. Hirschman, Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptionellen Geschichte, in: Leviathan 20, 1992, S. 330–358.

138 Thomas Davey, Generation Divided: German Children and the Berlin Wall, Durham/N.C. 1987.